

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bruttoabgabe 6.— Mk. bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk. für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4506. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13603. — **Verlag in Leipzig:**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4506

Inseratenpreise: Die 7spaltige Kolonelle oder deren Raum 1.90 Mk. bei Platzvorrat 2.20 Mk.; Familiennachrichten, die 7spaltige Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Rechtssozialistische Kampfanfrage an das Ministerium Stegerwald.

Berlin, 7. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Vorwärts nimmt heute in einem Leitartikel zu Erklärungen des preussischen Ministerpräsidenten zur Frage der Kabinettsbildung Stellung. Dieser Artikel muß als eine deutliche Kampfanfrage der rechtssozialistischen Partei an das Ministerium Stegerwald aufgefaßt werden. Der Vorwärts erklärt, Herr Stegerwald habe seine Ausführungen bemüht, um das Gegenteil dessen zu sagen, was er wolle. Er habe gesagt, „eine Regierungsumbildung halte ich für politisch erwünscht und sachlich notwendig“, in Wirklichkeit aber habe er gemeint, „ich denke gar nicht daran, zurückzutreten, hier bin ich, hier bleibe ich“. Der Vorwärts sagt dann weiter, wenn Herr Stegerwald glaube, eine PreSSION auf die Sozialdemokratie ausüben zu können, daß sie ihren Widerstand gegen die Blockgemeinschaft mit der Deutschen Volkspartei aufhebe, so sei er in einem Irrtum. Zwar sei die Regierung Stegerwald mit ihrer unwürdigen Abhängigkeit von der Rechten eine sehr unerfreuliche Erscheinung, deren Beseitigung der Vorwärts für eine der wichtigsten politischen Aufgaben der Gegenwart hält, aber man ersehe nicht ein unerfahrenes System durch ein anderes. Die Beseitigung des Kabinetts Stegerwald hat in den Augen des Vorwärts nur dann einen politischen Zweck, wenn an seine Stelle eine mehr nach links gerichtete Regierung tritt. Wenn also Herr Stegerwald etwas mehr selbstbewußt sich einen Zeitpunkt für seinen Rücktritt vorbehalten habe, so solle er nicht vergessen, daß es in einer Demokratie nicht ganz im Belieben eines Ministeriums steht, sich seine Sterbestunde selber auszusuchen. Jedenfalls hat Herr Stegerwald eine Situation verpaßt, in der er die für die Dauer unhaltbare Stellung seiner Regierung mit Aufwand hätte besenden können. Zum Schluß erklärt der Vorwärts: „Schade fürwahr! Denn Herr Stegerwald gehörte einst zu den Leuten, die ihren guten Ruf als Politiker noch zu verlieren hatten, nun wird er wohl zu denen gehören, von denen man zu sagen pflegt, sie hätten eine große Zukunft hinter sich.“

Ein amerikanisches Urteil über die Regierung Wirth.

Berlin, 7. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der zur Zeit in Berlin weilende amerikanische Oberst House hat einem Vertreter eines amerikanischen Blattes ein längeres Interview gewährt, in dem er erklärte, die Tatsache, daß Waller Ratha zu bereit gewesen ist, den Posten des Wiederaufbauministers anzunehmen, beweise, daß diese Regierung die Absicht habe, zu handeln, sofern es nur innerhalb der Möglichkeit liegt. In vieler Hinsicht ist die gegenwärtige Regierung die gesundeste und sicherste, die Deutschland seit dem Kriege gehabt hat und es wäre für alle Beteiligten gut, könne sie mit einer möglichst tatkräftigen Unterstützung des Reichstages bestehen bleiben, um die Probleme zu lösen, vor die das Land gestellt ist. Zum Schluß hob Oberst House die Bereitwilligkeit des Kabinetts Wirth hervor, mit Frankreich zu einem politischen und wirtschaftlichen Ausgleich zu gelangen. In diesem Zusammenhang wolle Wirth für den Beitritt Amerikas zu einem Garantievertrag für Frankreich. Es gäbe, so sagt er, weilsichtige Deutsche, die es begrüßen würden, wenn die Vereinigten Staaten und Großbritannien Frankreich ihre Hilfe garantieren für den Fall eines unbilligen Angriffs von Seiten Deutschlands. Das würde Frankreich die Sicherheit geben, die es bis jetzt auf eine Weise zu erreichen versuchte, die jeden wirtschaftlichen und politischen Frieden unmöglich macht.

Aufforderung an die Einwohnerwehr zur Waffenabgabe.

München, 7. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der bayerische Landeskommissar für die Entwaffnung der Zivilbevölkerung hat an die Mitglieder der bayerischen Einwohnerwehr eine öffentliche Aufforderung zur Waffenabgabe gerichtet. In dieser Aufforderung heißt es: Bis zum 10. Juni laufenden Jahres muß auf Grund des Ultimatus der Entente die Ablieferung der Gewehre und Maschinengewehre der Selbstschutzorganisationen, bis zum 30. Juni ferner die Ablieferung sämtlicher übrigen Waffen, die unter das Entwaffnungsgesetz fallen, sowie der zugehörigen Munition der interalliierten Militärkontrollkommission amtlich angezeigt sein. Die bayerische Einwohnerwehr hat beschloffen, die Entwaffnung freiwillig durchzuführen und die Waffen nebst Munition an die Reichstreuhandgesellschaft so rechtzeitig abzugeben, daß die von der interalliierten Militärkommission vorgeschriebenen Fristen gewahrt werden können. Unter Hinweis auf die Bayern- und dem übrigen Reich bei Nichterhaltung der Forderungen des Ultimatus drohenden läweren Folgen werden die Mitglieder der Einwohnerwehr aufgefordert, die noch in ihren Händen befindlichen Militärwaffen usw. entsprechend den Weisungen, die

von der Einwohnerwehrleitung noch an die Mitglieder ergehen werden, einzuliefern.

Heute, am 7. Juni, sind die Ausführungsbestimmungen für die Entwaffnung der Einwohnerwehr von der Landesleitung der Einwohnerwehr noch nicht erlassen.

Wie der Frankfurter Zeitung aus München gemeldet wird, soll die Entwaffnung in ganz Bayern in vollem Gange sein. Allein in München seien gestern 600 Maschinengewehre zur Ablieferung gelangt. Zwanzig große, von der Reichstreuhand-Gesellschaft errichtete Sammlerlager seien über das ganze Land verteilt und ein großer Transportapparat sei in Bewegung gesetzt worden, um die Waffen von überall her so rasch wie möglich den nächsten Sammlerlagern zuzuführen, die unter scharfer polizeiliche Bewachung gestellt worden seien. Die Auflösung der Einwohnerwehren werde erfolgen, sobald die Entwaffnung bei den einzelnen Organisationen beendet sei.

Vor dem Ende des englischen Bergarbeiterstreiks?

Berlin, 7. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Ueber die Lage im englischen Bergarbeiterstreik liegen mehrere Meldungen vor. Die Volkliche Zeitung erklärt, daß der Bergarbeiterstreik vor dem Zusammenbruch stehe, da den englischen Gewerkschaften die Mittel zur weiteren Durchführung des Streikes ausgehen und die Transportarbeiter nicht weiter bereit sind, die Kohlenperre durchzuführen. Deshalb sahstehen in immer weitergehendem Umfange Arbeiter einzelner Gruben oder Grubengesellschaften Lohnabkommen mit ihren Unternehmern ab. Diese Abkommen stehen in direktem Widerspruch zu dem Grundgeden der nationalen Lohnregelung, werden aber zweifellos durch die neueste Erklärung Lloyd Georges gefördert, in der mitteilte, daß die von der Regierung in Aussicht gestellte Subvention von 10 Millionen Pfund zum Ausgleich besonders unlangweiliger Lohnherabsetzungen nur noch bis zum 20. Juni zur Verfügung gestellt werden würde. Das Berliner Tageblatt schreibt im Widerspruch zu dieser Meldung, die Konferenz des Exekutivausschusses der Grubenarbeiter und der Grubenbesitzer hat gestern früh zusammen und der Vorsitzende, Ewan Williams stellte seinen Kollegen mit, daß er ein nichtoffizielles Angebot gemacht hätte. Dieses Angebot wurde sofort angenommen und eine offizielle Einladung zur Abhaltung einer Konferenz erlassen. Gestern nacht hat diese Konferenz begonnen. Man ist allgemein der Ansicht, daß dort, wo die Unterhandlungen begonnen worden sind, sie nicht wieder abgebrochen werden dürften, ohne daß eine Regelung zustande gekommen ist.

Der Hauptflüher bei der Ermordung Rosa Luxemburgs verhaftet.

Berlin, 7. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Freiheit erzählt, daß der berüchtigte Leutnant Krull, der im Verdacht steht, an der Ermordung Rosa Luxemburgs beteiligt gewesen zu sein, vor einigen Tagen auf Befehl der Staatsanwaltschaft verhaftet worden ist. Der Name Krull ist im Zusammenhang mit dem Balkinunabenteuer zuerst in der Öffentlichkeit bekanntgeworden. Krull war damals Verbindungsoffizier des berüchtigtsten Sturmbataillons Kossach, das im Oktober 1919 entgegen dem Verbot der Reichsregierung über die ostpreussische Grenze nach und der Republik offene Fehde anflagte. Krulls Aufgabe war es besonders, die Balkinun mittelst gefälschter Ausweise mit Lebensmitteln, Waffen und Munition zu versorgen. Er hat das Reich bei dieser Gelegenheit um Millionen betrogen, ohne das ihm ein Haar gekrümmt worden wäre. Schon während dieser Zeit rühmte sich Krull vor seinen Kameraden, Rosa Luxemburg erschossen zu haben, und zwar will er der unbekannt gebliebene Schütze gewesen sein, der, auf dem Trittbrett des Autos stehend, den tödlichen Schuß auf Rosa Luxemburg abgegeben hat. Das Verfahren gegen ihn kam aber erst in Fluß, als er eine der Frau Luxemburg entwandete Uhr zum Verkauf weitergab. Ob das Verfahren mit einer Anklage wegen Mord enden wird, ist noch sehr fraglich, denn Krull ist ein mit allen Waffen gewaschener Mann und es ist fraglich, ob die Staatsanwaltschaft soviel Eifer an den Tag legen wird, um das unerhörte und ungehörnte Verbrechen endlich aufzuklären.

Einigung im Waldenburger Bergarbeiterstreik.

Berlin, 6. Juni. Vom Reichsarbeitsministerium wird mitgeteilt: Bei den Verhandlungen, die am 3. Juni 1921 im Reichsarbeitsministerium mit den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Waldenburger Bergbaubezirks geführt worden sind, wurde eine Vereinbarung getroffen, die im Sinne des Schiedspruches vom 18. Mai 1921 zunächst eine Lohnherabsetzung gewährt und eine weitere im Anschluß an die bevorstehende Verringerung des Kohlensteuergesetzes in Aussicht nimmt. Die Parteien haben sich die endgültige Stellungnahme zu dieser Vereinbarung noch vorbehalten, doch ist zu hoffen, daß auf dieser Grundlage ein baldiger Abbruch des Streiks erfolgen wird.

Waldenburg, 6. Juni. (W. T. V.) Die Streikleitung macht bekannt, daß Dienstag früh die Arbeit wieder aufgenommen wird. Gleichzeitig erläßt sie einen Aufruf an die Bergarbeiter, in dem sie sich gegen das Treiben der Kommunisten wendet, den Streik noch weiter auszudehnen.

Ein neues imperialistisches Bündnis?

Es ist kaum einen Monat her, daß die englische Regierung ihren neuen Kurs, der auf die Wiederaufrichtung Deutschlands und Europas abzielt, gegen den heftigen Widerstand des französischen Imperialismus durchgesetzt hat, und schon droht eine neue Schwentung zurück in die altgewohnten imperialistisch-militaristischen Bahnen. Die französische Regierung gibt sich den Anschein, als ob sie in der oberhalbischen Frage ihrem politischen Verbündeten unverrückbar die Treue halten und an ihrer alten Politik der Zermürbung Deutschlands infolge ihrer oberhalbischen und Sanktionspolitik festhalten wolle. In Wirklichkeit aber ist sie, da sie eingesehen hat, daß eine Politik der Isolierung für Frankreich unmöglich sei, zu einem Kompromiß mit England bereit, wenn ihr nur statt der wirtschaftlichen Sicherungen gegen Deutschland, die ihr vorgeblich mit Oberschlesien und den Sanktionen verloren gehen, andre Sicherungen militärischer Natur garantiert werden. Die französische Regierung stellt sich so, als ob sie noch immer Grund zur Angst vor dem deutschen Militarismus habe, als ob ihr der Friedensvertrag von Versailles noch nicht genügende Sicherheiten gäbe, und unter dem Deckmantel dieser Furcht, für den ihr die Worte der Deutschen Nationalen und die Laten Escherichs Vorwände in Hilfe und Hilfe liefern, sucht sie England auf eine imperialistische Bündnispolitik festzulegen.

Die französischen Imperialisten haben einen sehr guten Augenblick für ihren neuen Vorstoß gewählt. Das Interesse Englands für Frankreich, das in der letzten Zeit, wie die Frankreich ins Gesicht schlagende Politik der englischen Regierung gegenüber Sowjetrußland und Deutschland beweist, merklich abgeklüßt war, beginnt wieder zu wachsen, da beider imperialistische Interessen sich auf einer neuen Linie wiedergefunden haben: in der Abwehr der immer bedrohlicher werdenden nationalistischen Gefahr in Vorderasien.

Die Abkühlung zwischen England und Frankreich war nicht zum wenigsten durch die offene und verteilte Gegenseitlichkeit ihrer kleinasiatischen Politik verursacht worden. Auf derselben Londoner Konferenz, auf der Lloyd George sich lediglich im Interesse seines französischen Verbündeten so energisch und schroff wie noch nie gegen Deutschland wandte und den Weg zur Anbahnung einer friedlichen Verständigung für lange Zeit verschüttete, ließ Frankreich eine orientalische Politik, die ihre Spitze eindeutig gegen England richtete. Frankreich ist es damals gewesen, das, um seine Kolonialherrschaft in Syrien ohne allzu großen militärischen Aufwand, den es sich infolge seiner kriegerischen Politik gegen Deutschland und des Widerstandes der französischen Arbeiterchaft nicht mehr leisten konnte, aufrechtzuerhalten, den türkischen Nationalhelden Kemal Pascha gegen England auspielte. Frankreich setzte durch, daß der wieder zur Herrschaft gelangte griechische König Konstantin von der Entente geschiedet und ihm ihre Unterstützung im Kampf gegen die nationalistische Bewegung in Kleinasien entzogen wurde. Frankreich setzte durch, daß die nationalistische Regierung in Angora de facto anerkannt wurde, indem ihre Delegierten nach London eingeladen wurden, daß der Vertrag von Sevres zu ihren Gunsten geändert und die Neutralität der Entente im griechisch-türkischen Konflikt proklamiert wurde. Ja, Frankreich ging sogar noch einen Schritt weiter, und es ist fraglich, ob nur seine militärische Schwäche in Kleinasien oder seine anti-englische Orientpolitik es dazu führte: es schloß mit dem Delegierten von Angora, Befir Sami Bey, einen Waffenstillstandsvertrag, der den türkischen Nationalisten Ellicien gegen die Gewährung wirtschaftlicher Vorteile dorfelbst überließ, um dem französischen Imperialismus Syrien zu sichern.

Aber inzwischen haben die Ereignisse in Kleinasien eine Wendung genommen, die den französischen Imperialisten gar nicht sympathisch ist. In den Orientpläneleien zwischen Frankreich und England ist Kemal Pascha der lachende Dritte geblieben. Nachdem er dank seiner klugen Verständigungspolitik mit der Entente, die ihm doch die Rückkehr zu seinen bolschewistischen Freunden und die bolschewistische Rückendeckung im Norden nicht abschneid, einen leichten Sieg über den griechischen Imperialismus davongetragen hatte, ließ er die Maske seiner ententefreundlichen Politik fallen. In Angora gelangte eine neue Regierung ans Ruder, die aus ihrer bolschewistenfreundlichen Gesinnung kein Hehl mehr zu machen brauchte.

Es ist nach den Eingefändnissen sowohl der Bolschewisten als auch der türkischen Nationalisten überflüssig zu bemerken, daß die bolschewistenfreundliche Politik Angoras keinen grundsätzlichen Charakter hat, ebensowenig wie die Politik, die Rußland südlich des Kaukasus betreibt. Seine grandiosen Schachzüge gegen England in Vorder- und Zentralasien haben ganz und gar keine prinzipiellen Beweggründe, die nationalistische Bewegung, die es dadurch fördert, wird diese Länder nicht aus dem Kapitalismus heraus, sondern erst in den Kapitalismus hereinzuführen. Der Gegensatz zwischen England und Rußland in Asien läßt sich auf einen Kampf um das Protektorat über die erwachenden asiatischen Völker reduzieren. Rußland ringt in diesem Kampfe dem eng-

Nischen Gegner eine Position nach der andern ab. Es hat durch die gewaltsame „Völkervereinigung“ Georgiens und der andern kaukasischen Völkerschaften eine direkte und noch innigere Verbindung mit der nationalrussischen Türkei hergestellt, es hat unter dem lauten Druck einer holländischen Besatzung einen Bündnisvertrag mit „Vereinen“ abgeschlossen, der England die persische Einflusssphäre vollständig entzieht, und es hat schließlich auch mit dem von England heiß umworbenen Pufferstaat Afghanistan einen ähnlichen Vertrag abgeschlossen. All diese Bündnisse erzielten in der letzten Zeit eine noch innigere Verflechtung dadurch, daß auch Angora mit Afghanistan einen weitgehenden Bündnisvertrag abschloß und mit Persien vor dem Abschluß eines solchen steht. Damit ist eine breite und geschlossene vorder- und zentralasiatische Front gegen ein weiteres koloniales Vordringen Englands hergestellt.

Nun glaubt sich Angora stark genug, um zur Offensive überzugehen und seinen nationalrussisch-imperialistischen Traum von der Errichtung eines vorderasiatischen Reiches unter russischer Vorkherrschaft zu verwirklichen. Es hat nach gut asiatischer Manier die Offensive mit der Hinrichtung mehrerer englischer und französischer Konsuln und Kaufleute begonnen, den Waffenstillstand mit dem französischen General Gouraud gekündigt und will ihn nur unter Bedingungen erneuern, die einer Niederlage Frankreichs gleichen würden. Als Antwort auf diese Provokationen haben England und Frankreich ihrerseits eine Schwankung in ihrer orientalischen Politik vollzogen: sie begannen sich Griechenland wieder zu nähern und ihre gegenseitigen Plänkchen abzubrechen. Sie werden dabei nicht stehen bleiben können, der französische Imperialismus leidet nach neuen kolonialen Eroberungen und englische Schiffe sind bereits in Malta konzentriert, um die Griechen vor dem Verlust Smyrnas zu bewahren.

Allerdings begegnet die englische Regierung starken Widerständen gegen neue militärische Abenteuer im eigenen Lande und auch die französische Regierung darf nicht mehr allzu leicht mit dem Feuer spielen. Die Empörung der französischen Arbeiterklasse über die Einberufung der Jahresklasse 1919 war auch für die französischen Imperialisten ein deutlicher Fingerzeig, daß sie den Bogen nicht überspannen dürfen. Die Welt hat eben auch in den siegreichen Ländern ein andres Gesicht bekommen, trotz der Herrschaft des mächtigsten Imperialismus in Regierung und Parlament sind starke innere Widerstände gegen den Imperialismus emporgewachsen, die vor dem Kriege noch vernachlässigt werden konnten. Heute muß jede französische und englische Regierung mit ihnen rechnen, sie weiß, daß sie das Proletariat nicht mehr dazu bringen kann, sich um ihrer ulerlosen imperialistischen Pläne willen in einen neuen Krieg verwickeln zu lassen. Die Macht der Arbeiterklasse ist auch dort viel mehr gewachsen, als in der Zahl der Parlamentsmandate, die sie erringen konnte, zum Ausdruck kommt.

Unter diesem Zeichen wird auch die bevorstehende Konferenz von Boulogne stehen: dem Streben Frankreichs und Englands, auf Kosten der Wiederaufrichtung Deutschlands und Europas ein Bündnis mit dem Ziele eines imperialistischen Vorstoßes in Vorderasien zu schließen, werden die inneren Widerstände, vor allem in England, aber auch in Frankreich, gegen die Fortsetzung des alten imperialistischen Kriegspolitiks, die seit dem Ende des Krieges gewachsen sind und bereits sichtbare Erfolge gezeitigt haben — z. B. die Verminderung der englischen und französischen Militärmacht in Mesopotamien und dem übrigen Vorderasien — entgegenzusetzen. Des internationalen Proletariats aber harzt wieder eine wichtige Aufgabe: diese Widerstände zu kräftigen und zu verhindern, daß in Boulogne ein neuer imperialistischer Staatenbund zustande kommt, der die Arbeiterklasse Europas von neuem in Krieg und Elend stürzen würde.

Wer regiert in Deutschland?

Der naive Deutsche nimmt an, daß in Deutschland die Reichsregierung regiert, obwohl kein Tag vergeht, wo zahlreiche Beispiele zeigen, daß diese Ansicht total falsch ist. Während des Krieges war kein Zweifel, daß das Militär herrschte, nicht regierte, aber nach dem schmachvollen Zusammenbruch des alten Regimes verschwand die militärische Herrscherclique auf einige Zeit, bis sie von den Moskowschen Parteigängern wieder hochgebracht und in den Sattel gehoben wurde. Seitdem herrschen die Militärs mit ihren zivilistischen Lakaien wieder fast unumschränkt. Die Berliner Regierung, oder was sich so nennt, „regiert“ nur dann, wenn sie sich mit der nationalrussischen Politik der Kommissknöpfe in Übereinstimmung befindet. Die immer mehr zutage tretende Schwäche der Regierung wird von den Reaktionsären und Militärs kräftig ausgenutzt. Den Höhepunkt dieses selbständigen Handelns bildet der von den illegalen Militärbanden auf eigene Faust in Oberschlesien geführte Krieg. Durch Verordnung mit Strafanordnung ist zwar das Werden von Freiwilligen und die Bildung solcher wilder militärischer Banden und ihr Transport von der Regierung verboten worden, aber daran setzen sich die Landesrechtsbanditen nicht, sie werden lustig weiter und verhöhnen die Regierung noch in der grimmigsten Weise, indem sie ihre Verbesserten in die Nähe der Regierung verlegen und ihre Verbeizungen in den dortigen Blättern loslassen. Das Beamtentum in den oberen Schichten sympathisiert mit den Militärs, wodurch die Ohnmacht der Regierung noch vergrößert wird. Griffe sie einmal ordentlich zu, ohne sich von dem Geschrei der Reaktionsäre und ihrer Praje zu lassen, und siehe ein Teil der Beamten auf Trodene, dann würden die andern gleich merken, wer eigentlich regiert und wem sie zu folgen haben. Auch die Reichswehr leidet den Landesrechtsbanden ihre Unterstützung, was aus den bei den Freiwilligen und Odegeschleuten vorgefundenen Papieren dokumentarisch festgestellt worden ist.

Der Führer der „Selbstschutz“-Organisationen in Oberschlesien, General Höfer, wechselt mit der interalliierten Kommission schon Noten, als wäre er der Beauftragte der deutschen Regierung. Er führt dort den Krieg auf eigene Faust, aber auf Rechnung Deutschlands, und es scheint so, als ob er mit seinen Stützpunktmännern das Ziel, den neuen europäischen Krieg zu entfachen, beinahe erreicht hätte. Wenn selbst im englischen Unterhause schon angefragt wird, ob es wahr ist, daß englische Truppen gebraucht würden, um die deutschen Streitkräfte in Schach zu halten, dann kann man sich vorstellen, wie weit die Dinge dort gediehen sind. Die deutsche Regierung aber wird wahrscheinlich erst dann munter werden, wenn der Krieg da ist und das Haus wieder sichtbar brennt. Nach einer Meldung der Frankfurter Zeitung

hat sie sich „veranlaßt gesehen, alsbald nachdem ihr die letzten Vorgänge bekannt geworden waren, der Angelegenheit ihre besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Der Reichsminister selbst hat bereits am Freitag Schritte unternommen, um die Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, die sich aus dem Konflikt zwischen General Höfer und der interalliierten Kommission ergeben könnten und man glaubt in Berlin, einen befriedigenden Verlauf dieses Schrittes erwarten zu dürfen.“ Welcher Art die Schritte sind, die die Regierung gegen Höfer unternommen hat, wird nicht gesagt; vielleicht deshalb, um zu verhüten, daß dadurch ihre Ohnmacht allzu offen vor aller Welt zutage tritt.

Wie Höfer mit seinen Banden den Krieg führt, geht aus einer Meldung aus Breslau hervor, wonach er zum Angriff bei Randzin vorgegangen ist, worauf die interalliierte Kommission an ihn eine Note gesandt hat, die wie folgt lautet:

Die interalliierte Regierungskommission von Oberschlesien hat Kenntnis erhalten von dem deutschen Vordringen in der Gegend von Ujest. Sie besteht dem General Höfer, seine Truppen in die Linie Station Leschnitz-Dolina zurückzuführen. Letzterer Ort bleibt zur Verfügung des Generals Höfer. Falls die ersten Bewegungen zur Ausführung dieser Bestimmungen nicht innerhalb 12 Stunden nach Ueberreichung der Note stattgefunden haben, wird die Kommission die Maßnahmen in Anwendung bringen, die Gegenstand der am 21. Mai an Herrn Moskowsky gerichteten Note waren, und die die Zurückziehung der alliierten Truppen aus den Städten des Industriegebietes nach sich ziehen. Andererseits teilt die Kommission mit, daß sie den polnischen Insurgenten unterlagert wird, diejenigen Orte wieder zu besetzen, die diese am 3. Juni abends geräumt haben.

(geg.) Lerond, de Marini, Harald Stuart.
Auf die energische Note antwortete der auf eigene Faust Krieg führende Udruschke, er denke nicht daran, dem Gebot zu folgen. In einem langen Schriftsatz, der ein Gemisch alldeutscher Bedrohungen und größenhahnstücker Annahmen ist, sagt der Carabochentopf: Die Jurisdiktion des Selbstschutzes aus den von ihm besetzten Ortschaften ist unausführbar. Die interalliierte Kommission verlangt, daß der Vordruck aufgehoben wird, darauf geht Höfer nicht ein, sondern sagt einfach, er könne den Selbstschutz nicht zurückziehen. Die Situation wird durch das Verhalten dieses Militärs so gespannt, daß daraus für Deutschland die allerschlimmsten Folgen hervorgehen müssen, wenn die Regierung nicht schnellstens und energisch durchgreift. Ihre Anstrengung, daß sie in Oberschlesien nichts zu sagen habe, kann nicht gelten, sie muß diesen sogenannten Selbstschutzhorganisationen jede Macht nehmen. Die Arbeiterklasse aber mag auf dem Posten sein, daß sie von den Ereignissen nicht aufs neue überrumpelt wird.

Die Lage in Oberschlesien.

Oppers, 6. Juni. (WZB.) Der heutige Tag brachte neue Angriffsfaktionen der Aufständischen. In den nördlichen Kreisen mußten mehrere Vorposten der Aufständischen zurückgewichen werden. Die Dörfer Eudorf und Pruslau, sowie Amalienberg wurden von polnischer Artillerie stark beschossen. Zahlreiche Häuser wurden durch Bomben zerstört. Bei Zembowitz bestellte sich ein polnischer Panzerzug an den Kampfhandlungen. Im Gebiet bei Landberg erhielten die Aufständischen Verstärkungen. Starke polnische Angriffe werden aus der Gegend von Krappitz gemeldet. Besonders bildet der Bahnhof von Candrin das Ziel polnischer Vorstöße, doch blieben der Personen- und Güterbahnhof in der Hand der deutschen Verteidiger. Angriffe versuchten die Insurgenten auf Slawenbühl, die jedoch mißlang. Bei Wrasim am Kreise Kofel starke Feuerkämpfe. Die heftigen Angriffe auf Wrasim wurden durch drei polnische Panzerzüge unterstützt. Die Angriffe mißlang. Im Kreise Ratibor wurde die Oberbrücke bei Wrasim durch polnische Sprengungen neuerdings schwer beschädigt. Auf dem Bahnhof Tarowitz sind ähnlich wie in Kattowitz und Beuthen von den Aufständischen 13 Lokomotiven gestohlen worden. In Hindenburg sind, wie bis jetzt festgestellt, 23 deutscheinnige Oberschlesier den polnischen Aufständischen zum Opfer gefallen. Nach Nachrichten aus dem Zentralrevier ist die Lage der Industrie trostlos. Die Halben machen eine Förderung größeren Umfangs unmöglich. Wenn auch einzelne Hüften über genügende Kohlenmengen verfügen, so ist doch infolge Kohlenmangels in den nächsten Tagen die Stilllegung zahlreicher Betriebe zu erwarten.

Miel, 5. Juni. (WZB.) Die bisherige französische Besatzung der Stadt Miell ist am 5. d. M. abgerückt. Man befürchtet eine neue Besetzung der Stadt durch die polnischen Insurgenten.

Berlin, 7. Juni. Wie die Blätter aus Oppeln melden, dauern die englischen Truppentransporte nach Oberschlesien weiter an. Es treffen jetzt besonders Tanks, schwere Geschütze und Flugzeuge ein. Die Engländer stehen in dem Raume von Groß-Stein und Stubendorf immer mehr Truppen zusammen.

Hochverratsprozeß gegen Brandler.

Vor dem außerordentlichen Gericht des Landgerichts I in Berlin fand gestern die Verhandlung gegen den Vorsitzenden der Vereinigten kommunistischen Partei Heinrich Brandler statt.

Die Anklage vertritt der Staatsanwalt Pelzer. Der Angeklagte wurde verteidigt durch die Rechtsanwälte Dr. Weinberg und Dr. Garais. Auf Antrag der Verteidiger wurde dem Angeklagten erlaubt, zwischen seinen Verteidigern Platz zu nehmen. Vor Eintritt in die eigentliche Verhandlung entspann sich eine Debatte über die Staatszugehörigkeit des Angeklagten Brandler, der bekanntlich in Wasmdorf (Böhmen) geboren, also tschecho-slowakischer Staatsangehöriger ist. Da er aber während der Regierung Eisner in Bayern sechs Wochen Unterstaatssekretär war, wurde angenommen, daß er damit die deutsche Staatsangehörigkeit erworben habe.

Die Anklage wirft Brandler vor, sich der gewalttätigen Verfassungsänderung durch Verbreitung von Schriften und durch öffentliche Anreizung zur Gewalt schuldig gemacht zu haben. Als Stützpunkt für die Anklage werden die Aufrufe und die Artikel der Roten Fahne während der Märzaktion vorgelesen, die von der Zentrale der KPD, unterschrieben sind. Es sind dies besonders der Aufruf vom 21. März: An das Proletariat vom 24. März und vom 10. März.

Brandler erklärt, daß er für alles die volle Verantwortung übernehme, er lehne aber jede Auskunft ab, die andere belasten könnte. Das Zustandekommen der Aufrufe erkläre sich aus der politischen Situation.

Brandler schilderte die dreifache Krise, die die Zentrale der KPD zu der Märzaktion veranlaßt habe: 1. Die Gefahr eines kriegerischen Zusammenstoßes in Oberschlesien, der durch Anflammlungen von Truppen und Waffen an der obersteilsten Grenze hervorgerufen worden sei. Zur gleichen Zeit habe Rahr im bairischen Landtag erklärt, daß er sich nicht an das Entlassungsgesetz halte. 2. Die Sanktionen der Entente. 3. Die Maßnahmen Höring, durch die die Arbeiter niedergeschlagen werden sollten, um so die Rüstungen ungestört betreiben zu können. Er bestritt entschieden, daß es sich bei der Märzaktion um Hochverrat handeln könne. Er habe sich um nichts weiter gehandelt, als um die Erringung der acht Punkte, die seinerzeit nach dem Kapp-Putsch von den drei sozialistischen Parteien und den Gewerkschaften an die Regierung gestellt und von ihr angenommen

wurden. Die Regierung habe aber diese Forderungen nicht erfüllt, sondern fallengelassen.

Der Vorsitzende verliest einige markante Stellen aus den letzten Absätzen der kommunistischen Internationale über den gewaltsamen Sturz der Regierungen und die Ausrottung des bürgerlichen Staates. Brandler erwidert darauf, daß diese Verlesung wenig Sinn habe, da die Richtlinien der kommunistischen Internationale doch nicht als Grundlinie der Märzaktion gebildet hätten. Es handelte sich bei diesen Richtlinien doch nur um ein theoretisches Gerüst für das große politische Problem, für dessen Entscheidung es Jahrzehnte bedürfte. Auf die Frage des Staatsanwaltes, in welcher Weise sich die Zentrale der KPD, die Verwirklichung der Aufrufe beabsichtigt habe, antwortet Brandler noch einmal, daß es sich lediglich um die Erfüllung der acht Forderungen gehandelt habe. Er verwahrt sich dagegen, daß man ihm als Kommunist oder der kommunistischen Zentrale zutraue, daß sie durch Aufrufe die Regierung stürzen und die Rätemacht aufrichten wollten. Er zitiert Stellen aus dem Spartakusprogramm, aus denen hervorgeht, daß die Kommunisten die Regierung nur übernehmen durch den Willen der ungeheuren Mehrheit des Volkes. Er verweist auf den Ausschluß der KPD, der beweise, daß die KPD mit Sabotage und individuellem Terror nichts zu tun habe.

Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, daß der Inhalt der Aufrufe nicht übereinstimme mit dem, was Brandler als seine und der Kommunisten Auffassung dargelegt habe, und fragt Brandler, warum er nicht seinen Einfluß geltend gemacht habe, daß solche Aufrufe und Artikel nicht erschienen sind. Brandler bestritt diesen Widerspruch und behauptet, daß seine Partei nicht zum Kampf mit der Waffe aufgefordert habe, sondern daß die Bewaffnung des Proletariats das Ziel des Kampfes gewesen sei. Brandler bezeichnet die Dynamikentente als bösen Instanz. Das strategische Ziel der Kommunisten sei, die Massen zu erobern, das sei aber ein Prozeß von Jahrzehnten. Er wiederholt, daß das Ziel der Märzaktion die Erringung der acht Punkte gewesen sei.

Der Staatsanwalt will zum Beweis, daß es sich um Hochverrat handelt, ein Urteil aus Mitteldeutschland vorgelesen. Der Vorsitzende lehnt es ab, ein in Mitteldeutschland gefälltes Urteil als Präzedenzfall anzusehen. Brandler macht darauf aufmerksam, daß es im Verbreitungsgebiet der Roten Fahne nirgends zum bewaffneten Aufstand gekommen sei. Die Redaktion der Roten Fahne habe während der Märzaktion unterdrückt gelebt, er selbst habe während dieser Zeit die Zeitung kaum zu sehen bekommen, hätte also einen Einfluß gar nicht ausüben können.

Damit ist die Vernehmung des Angeklagten beendet, und es erfolgt die Zeugenernehmung. Als erster Zeuge bekundet der sächsische Wirtschaftsminister Feilich, daß er Brandler seit langer Zeit kenne, er ist sich nicht bewußt, daß Brandler jemals in seiner politischen Tätigkeit zu Gewaltthaten aufgehetzt habe. Er schildert sein politisches Zusammenarbeiten mit Brandler während des Märzputsches. Er habe Brandler als klugen, besonnenen Menschen kennengelernt. — Gewerkschaftsbeamter Friedel-Chemnitz, der Brandler ebenfalls seit längerer Zeit kenne, bestätigt dasselbe. Er hebt hervor, daß Brandler nach den Taten des 5. d. im Voglande für dessen Ausschluß aus der Partei gesorgt habe. Der Zeuge sei von Brandler, als dieser im Kapp-Putsch dem Chemnitzer Aktionsausschuß angehört, zum wirtschaftlichen Sachverständigen des Aktionsausschusses vorgeschlagen worden. — Rechtsanwalt Dr. Weinberg verliest ein Protokoll über eine Sitzung der Chemnitzer Stadtverordnetenversammlung, in der ein demokratischer Stadtverordneter die Tätigkeit des Aktionsausschusses unter Brandlers Leitung besonders hinsichtlich der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung lobend anerkannt hat.

Der Staatsanwalt Pelzer führt in seiner Anklagerede aus, daß der Angeklagte im Sinne der Anklage des Hochverrats, Verletzung zum Klassenhass und Aufforderung zum Angehörigen schuldig sei. Die Beweisaufnahme habe dies voll ergeben. Inwieweit die Zentrale die treibende Kraft bei der Aktion in Mitteldeutschland gespielt habe, habe sich nicht beweiskräftig aufklären lassen, da sich der Angeklagte ebenso wie seine kommunistischen Genossen überhaupt in dieser Beziehung in Schweigen hüllte. Der Staatsanwalt begründet seine Ansicht dahin, daß der erste Anstoß zu der mitteldeutschen Aktion nicht von der deutschen Partei ausgegangen ist, sondern daß die Moskauer Internationale die treibende Kraft gewesen ist. Wenn auch zugegeben werden möge, daß unter den Kommunisten Deutschlands viele existieren mögen, die an sich der Anwendung von Gewalttaten nicht zuneigen, so ist doch zweifellos fest, daß die deutsche Partei finanziell und politisch völlig abhängig von Moskau sei. Das beweise schon die Tatsache, daß das Gebot von Moskau, für eine gute Parteileitung zu sorgen, dazu geführt habe, daß der bisherige Vorsitzende Leun durch den Angeklagten ersetzt worden sei. Die Zentrale habe mit all jenen Vorgängen zu tun, die die Note Fahne sei mit ihr aufs engste liert und in ihren Artikeln werde fast ausschließlich die Politik der Zentrale vertreten. Es werde eine maßlose Hege gegen die Regierung betrieben und es würden sorgfältigste Aufforderungen zur Bewaffnung erlassen unter völliger Einstellung der wirklichen Tatsachen. Da handle es sich nicht um eine Defensiv-, sondern um eine gewalttätige Offensive. Von einer Zuchthausstrafe hat der Staatsanwalt abzusehen, da nach dem ganzen Ergebnis dem Angeklagten eine ehelose Bestrafung nicht zum Vorwurf gemacht werden könne. Er sei wohl mehr Idealist und betrachte die Dinge vom theoretischen Standpunkte aus, er gebe aber zu, daß er der Anwendung von Gewalt nicht unter allen Umständen abhold sei. Andererseits sei zu berücksichtigen, daß der Angeklagte sich von seinem Standpunkte aus bemüht habe, dem Proletariat zu helfen. Unter Berücksichtigung der Gefährlichkeit der kommunistischen Bewegung beantragte der Staatsanwalt eine Festungshaft von sieben Jahren.

Das Urteil.

Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten Brandler nach halbtägiger Beratung wegen Aufforderung zum Hochverrat im Sinne des § 85 des Reichsstrafgesetzbuches und Aufreizung der Klassen gegeneinander zu fünf Jahren Zuchthausstrafe. Das Gericht sagt, es besteht kein Zweifel, daß die Menge zum Hochverrat aufgefordert werden sollte, es hat angenommen, daß der Angeklagte nicht aus ehrenrührigen Motiven gehandelt hat, sondern weil er von seinen kommunistischen Idealen überzeugt war.

Wenn es sich um Hochverräter von rechts handelt . . .

Wir haben bereits über die Stagerat-Feier berichtet, die in Berlin abgehalten worden ist. Gelegentlich dieser Feier sind die wütendsten nationalrussischen Schreben gehalten worden. Am weitesten hat sich der Oberfeuerwerksmaat Rissen geäußert, der sich u. a. auch rühmte, im Sommer 1919 die französischen Fahnen aus dem Zeughaus geholt und verbrannt zu haben, ohne bestraft worden zu sein. Der Reichsminister Dr. Wirth hatte im Reichstage angekündigt, daß gegen Rissen ein Verfahren wegen Hochverrats und Aufforderung zum Mord eingeleitet worden sei. Rissen ist auch verhaftet worden und wurde am Freitag auf dem Berliner Polizeipräsidium dem Gewächsmann der Freiheit über die Reden berichtet hatte, gegenübergestellt. Rissen hat in natürlicher alles ab, ebenso stellte sich eine Anzahl seiner Gefinnungsfreunde zur Verfügung und behauptete, Herr Rissen habe eine ganz „friedliche“ Rede gehalten. Der Gewächsmann betonte demgegenüber mit aller Entschiedenheit, daß kein Bericht der Wahrheit entspricht, und er verwies dabei auf seine kenographischen Aufzeichnungen. Trotzdem ist Rissen wieder aus der Haft entlassen worden, das Verfahren gegen ihn soll indessen durch das außerordentliche Gericht fortgesetzt werden.

Die Freiheit schreibt dazu: „Wir befürchten, daß dieses Verfahren ausgedehnt wird wie das Bornberger Schießen. Jedoch möchten wir betonen, daß die Ausführungen des Herrn Rissen durchaus nichts Ubergewöhnliches darstellen. In dieser Tonart wurde bisher in jeder Versammlung, die vom Nationalverband deutscher Offiziere oder vom Verband national gesinnter Soldaten aus-

verufen war, hervorgehen. Die reaktionäre Tendenz dieser Verhandlungen ist hinreichend bekannt, daß ihre Staatsgefährlichkeit sich ohne weiteres ergibt. Interessant ist aber, daß Herr Wilson uns eine „Berichtigung“ zugehen ließ, aber erst dann, als ihm die Ankündigung eines Sitzungsverfahrens bekannt geworden war (11). Unter Bericht ist am Mittwochabend erschienen. Die Berichtigung des Herrn Wilson ist erst am Freitagvormittag zwischen 9 und 10 Uhr auf der Post angekommen worden. Das gibt Anlaß zum Nachdenken. Im übrigen betonen wir noch einmal, daß wir unsere Behauptungen, der Berichtigung des Herrn Wilson zum Trotz, vollinhaltlich aufrechterhalten. Dem Polizeipräsidenten und auch der Staatsanwaltschaft möchten wir aber empfehlen, in dem Hause Kleiststraße 32, wo die beiden genannten Verbände ihren Sitz haben, eine Hausdurchsuchung abhalten zu lassen. Zuverlässige Beamte könnten dort in den Büroräumen Material beschlagnahmen, welches für eine Anklage auf Hochverrat so wertvolle Unterlagen liefern würde, daß die Staatsanwaltschaft zur Ergreifung eines Urteils unseres Gerichts gar nicht mehr bedürfte. Das heißt: wenn das Material nicht vorher beiseite geschafft worden ist!

Beilegung der Entente an der deutschen Industrie?

Ein angeblicher Vorschlag der Garantiekommision.

London, 6. Juni. (D.N.) Die Daily Mail meldet aus Paris: Die Garantiekommision hat sich für die Beilegung der alliierten Staaten an den deutschen Industrieunternehmen, sowie an den Bergwerken im Ruhrrevier ausgesprochen. Der Bericht der Garantiekommision ist als Gutachten der alliierten Kabinette schon am 30. Mai zugegangen. Er schlägt eine Gesamtbeteiligung der in der Garantiekommision vertretenen Staaten von zunächst fünf Milliarden Goldmark vor.

Schon in der Diskussion über die Reparationsfrage war sowohl von deutscher wie von alliierter Seite einigemal der Vorschlag aufgetaucht, einen Teil der Reparationsverpflichtungen durch die Beilegung der Entente an der deutschen Industrie abzugeben. In den von der deutschen Regierung angenommenen Reparationsplan ist dieser Vorschlag nicht aufgenommen worden, er liegt aber die Möglichkeit einer solchen Regelung zu.

Wie sich die deutsche Regierung zu diesem Plan stellen wird, ist noch ungewiß. Die erste Voraussetzung für seine Verwirklichung wäre, daß die Regierung mit ihrer Ankündigung, das Reich an den Goldwerten zu beteiligen, Ernst machte — eine Form der Erhöhung der Reichseinnahmen zur Erfüllung der Reparationsverpflichtungen, die die sozialistischen Parteien in den Mittelpunkt der Diskussion werden stellen müssen.

Für die Aufhebung der Sanktionen.

Berlin, 6. Juni. (Eigene Drahtmeldung der R. N.) Aus Köln wird gemeldet: Der Wirtschaftsausschuß des besetzten Gebietes hat in Verbindung mit einer Anzahl von Handelskammern und Wirtschaftsverbänden an die Interalliierte Rheinlandkommission eine Eingabe gerichtet, in der er dringend um die unverzügliche Aufhebung der Sanktionen bittet, da sonst Handel und Industrie, Gewerbe und Handwerk zum Stillstand kommen und die Arbeitslosigkeit in erschrecklichem Maße zunehmen würde. Der Fortbestand der Sanktionen sei durch nichts gerechtfertigt.

Die Reparationskommission schlägt einen neutralen Schiedsrichter vor.

Paris, 6. Juni. Wie Paris mittels, hat die Reparationskommission den alliierten Regierungen durch Vermittlung der Botschafterkonferenz den Vorschlag unterbreitet, daß, falls über eine der Klauseln des Abschnitts 8 Anhang 2 über die Reparationsfrage eine Interpretationschwierigkeit entsteht, die Reparationskommission berechtigt sei, diesen Streitfall dem Schiedsrichter eines Neutralen zu unterbreiten. Im Falle sich die Reparationskommission über die Wahl des neutralen Schiedsrichters nicht einigen könne, schlägt sie schon heute vor, das Schiedsrichtertum dem ehemaligen schweizerischen Bundespräsidenten Ador zu übertragen.

Paris, 5. Juni. Wie der Temps feststellt, beruht das Verlangen des Reparationsausschusses, einen Schiedsrichter zu ernennen, auf dem Wunsch, bereits seit längerer Zeit bestehende Meinungsverschiedenheiten zu beseitigen. Es handelt sich um Textverschiedenheiten in der französischen und englischen Ausgabe des Friedensvertrages, ferner um die Festlegung des Preises der von Deutschland gelieferten Kohlen, um die Freilassung der belgischen Schuld und um andere.

Es ist das erstmal, daß von alliierter Seite der von Deutschland schon bei den verschiedensten Gelegenheiten gemachte Vorschlag, zur Entscheidung über strittige Punkte des Friedensvertrages einen neutralen Schiedsrichter zu ernennen, aufgegriffen wird — ein bezeichnender Beweis dafür, daß die Annahme des Ultimatus durch Deutschland und die bisher gezeigte Bereitwilligkeit der neuen Regierung, hinter ihrem Wort zu stehen, die Atmosphäre gereinigt und den Bann des Mißtrauens und der feindseligen Stimmung gebrochen hat.

Das Vorkaufsrecht Belgiens.

Paris, 6. Juni. Wie der Temps mittels, wird sich in diesen Tagen in Paris eine Konferenz zusammensetzen, die in der Frage der Vorkaufsrechte Belgiens eine Entscheidung treffen wird. Nach dem Stande der Vorverhandlungen ist es wahrscheinlich, daß das Vorkaufsrecht Belgiens sich nur auf einen Teil der von Deutschland gelieferten einen Milliarden Goldmark erstreckt und daß Belgien bei der ersten Begebung der deutschen Obligationen Serie A berücksichtigt werden würde.

Frühloerlängerung für den Umbau der Dieselmotoren.

Berlin, 6. Juni. Zur Dieselmotoren-Frage hat die Botschafterkonferenz am 4. Juni der Deutschen Botschaft in Paris ein vom Ministerpräsidenten Briand gezeichnetes Schreiben vom 1. Juni übersandt, in dem sie ihr Entschluß mitteilt, die am 31. März 1921 abgelaufene Frist für den Umbau der Dieselmotoren zu indultieren. In dem Schreiben vom 30. September 1921 zu verlängern unter der Voraussetzung, daß der Umbau unter den von der Interalliierten Marine-Überwachungskommision als befriedigend erachteten Bedingungen vorgenommen wird. Andererseits hat die Konferenz festgestellt, daß 84 Maschinen im Widerspruch mit den Bestimmungen des Vertrags exportiert worden sind; sie behält sich vor, hierüber der deutschen Delegation eine weitere Mitteilung zugehen zu lassen.

Einverständnis über den Preis der Holzhäuser.

Paris, 4. Juni. Die deutschen und die französischen Sachverständigen haben gestern und heute die Verhandlungen über die Lieferung deutscher Holzhäuser in der Wiederaufbauzone fortgesetzt. Wie Temps mittels, handelt es sich jetzt darum, die Modelle zu vereinfachen, um eine wesentliche Preisverminderung herbeizuführen. Nach dem Intendanten ist man wegen des Preises zu einem Einverständnis gekommen. In den beiden ersten Monaten sollen je 1500 Häuser geliefert werden, in den folgenden Monaten soll die Zahl der Häuser auf 3000 und vielleicht noch mehr steigen.

Verhandlungen der Saarregierung mit Deutschland

Berlin, 4. Juni. Wie bereits bekanntgegeben, hat sich eine Delegation der Saarregierung für das Saargebiet, an deren Spitze der Präsident, Staatsrat Kautz, stand, längere Zeit in Berlin aufgehalten, um mit einer deutschen Dele-

gation über die sich aus den Bestimmungen des Friedensvertrages über das Saargebiet ergebenden Fragen zu verhandeln. Ueber einige Punkte ist es zu keiner Einigung gekommen. Dagegen ist es gelungen, über eine größere Anzahl von Punkten in großen Zügen Richtlinien für Einzelabkommen festzulegen. Es handelt sich vor allem um die Frage der Versorgung der Kriegsschädigten und der Kriegshinterbliebenen im Saargebiet. Diesen sollen nunmehr alle Vorteile des Reichsversorgungsgesetzes zugewendet werden. Die Regierungskommission wird sich an der Ausführung der sich hieraus ergebenden Lasten zu 7/10 beteiligen. Für die Versorgungsbedürfnisse im Saargebiet ist eine Regelung dahin getroffen, daß die Verwaltung auf das Saargebiet übergeht, dem deutschen Reich aber ein Präsentationsrecht für die Besetzung der Beamtenstellen eingeräumt wird. — Auf dem Gebiet der Sozialversicherung beabsichtigt die Regierungskommission, selbständige Versicherungsträger für das Saargebiet zu schaffen; durch Einsetzung einer gemischten Gerichtsbarkeit ist aber Vorsorge getroffen, daß die Interessen der deutschen Versicherungsträger hierdurch nicht geschädigt werden. — Abgesehen von rein finanziellen und verwaltungstechnischen Fragen ist schließlich noch ein Abkommen zur Vermehrung von Doppelbesetzungen getroffen worden.

Die Abrüstung „marschler!“

Washington, 5. Juni. (Reuter.) Der Ausschuß des Repräsentantenhauses für auswärtige Angelegenheiten hat eine von seinem Vorsitzenden Porter nach Rücksprache mit dem Präsidenten Harding aufgetragene Entschließung angenommen, in der erklärt wird, der Kongreß befinde sich in Uebereinstimmung mit dem Präsidenten, wenn er eine internationale Konferenz über die Beschränkung der Rüstungen einberufe und für vorläufige Ausgaben zu diesem Zwecke 100 000 Dollar bewillige.

Die Aussichten der Resolution Porter.

Paris, 5. Juni. Eine Kabeldepesche des Reuters Herald aus Washington besagt, daß der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten des Repräsentantenhauses gestern in günstigem Sinne über die Resolution Porter betreffend die Herstellung des Friedenszustandes mit Deutschland und Oesterreich berichtet habe. An der Meldung heißt es weiter, das Haus werde am Donnerstag über die Resolution abstimmen. Es heißt, daß Senator Knox bereit sei, die Resolution Porter im Senat zu unterstützen, falls sie zuvor vom Repräsentantenhaus angenommen worden sei. Die Demokraten würden einstimmig die Resolution ablehnen, doch glaube man, daß ihre Annahme gesichert sei.

Auch Japan will „abrüsten“.

Washington, 4. Juni. (Havas.) Der japanische Botschafter veröffentlicht den Text der Antwort, welche die japanische Regierung dem Botschafterbund am 28. April in der Abrüstungsfrage zugehen ließ. Japan drückt darin seinen Wunsch aus, alle Regierungen möchten gemeinsam eine Herabsetzung der Bewaffnung beschließen, aber es vertritt den Standpunkt, daß der Völkerverbund die Entwaffnungsfrage prüfe und daß es nicht angebracht sei, Empfehlungen der Völkerbundversammlung auszuführen, bevor die vorliegenden Pläne vollkommen geprüft werden seien.

Verständigung über die Jap-Frage?

London, 4. Juni. Daily Telegraph meldet aus Tokio, daß Japan im Begriffe stehe, den Vereinigten Staaten das Kabel Jap-Guam zu übermitteln.

Kein schärfstes Mißtrauen und kein schärfster Kampf.

Wie wenig die politischen Rindoköpfe in der SPD, wissen was sie wollen, zeigt ein Vorgang aus der Reichstagsitzung vom Sonnabend, den die Freiheit also mitteilt:

„Der Reichstag hat am Sonnabend über das folgende Mißtrauensvotum der Kommunisten abgestimmt:

„Der Reichstag stellt den arbeiterfeindlichen Charakter der Regierung und ihrer Erklärung fest. Der Reichstag verurteilt die Regierung das nach Artikel 54 der Reichsverfassung erforderliche Vertrauen.“

Es widersteht nicht des Reizes, daß der Antrag der Kommunisten, wie er zuerst vom Präsidenten verlesen wurde, aber folgenden Wortlaut hatte:

Die Fraktion der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands stellt den arbeiterfeindlichen Charakter der Regierung und ihrer Erklärung fest. Sie spricht der Regierung das schärfste Mißtrauen aus und legt ihr den schärfsten Kampf an. Wir wissen nicht, was die Kommunisten veranlaßt hat, innerhalb weniger Minuten das „schärfste Mißtrauen“ und den „schärfsten Kampf“ gegen die Regierung aufzugeben. Sollte es die Rücksicht auf die Geschäftsordnung des Reichstages gewesen sein, so zeigt das neben der Unkenntnis dieser Maßregeln auch ihre Unpassungsfähigkeit an die gegebenen Möglichkeiten, die sie anderen immer zum Vorwurf machen.“

Zur Kriegsschuldfrage.

Der Untersuchungsausschuß des Reichstages, der sich mit der Vorgeschichte des Weltkrieges beschäftigt hat, hat ein neues zweites Heft herausgebracht, das sich mit den militärischen Rüstungen und Mobilisierungen der einzelnen Länder beschäftigt. Die sämtlichen Berichte, die in diesem Buche abgedruckt sind, stammen von dem bekannten Grafen Montgelas, dessen Objektivität in diesen Fragen keineswegs verkannt ist, so daß von vornherein ein gewisses Mißtrauen gegenüber der Darstellung dieses Berichtes am Platze ist. Ein näheres Studium der Gutachten, die Graf Montgelas abgegeben hat, bestätigt sofort diese Auffassung. Es beweist, daß man auch der Arbeit des Ausschusses äußerst kritisch gegenüberzutreten muß. Wir werden auf das Buch noch ausführlich zurückkommen, da es neue interessante, den deutschen Generalstab schwer belastende Tatsachen enthält. Heute kann nur gesagt werden, daß das Spiel der deutschen Presse, die mit Hilfe dieses Buches wieder einmal versucht, die wirklichen Verhältnisse zu verwickeln und verunsichern, lediglich dazu dienen kann, die einseitigen, erzkaiserlichen außenpolitischen Situation, die wir durch die letzten freiwilligen Reden des Reichskanzlers und des Wiederaufbauministers gewonnen haben, noch neuem zu erschweren.

1500 Prozent Dividende.

Eine im Bamberger Tageblatt veröffentlichte Zuspriest des Allgemeinen Verbraucherbundes läßt einen Blick in die geradezu ungeheuerliche Wuchererei im Viehhandel tun. So wird darin berichtet, daß auf einer Generalversammlung der bayrischen Viehhändler-Genossenschaft, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, die Verteilung einer Dividende von nicht weniger als 1500 Prozent — in Worten: Fünfhundert Prozent — vorgeschlagen worden ist. So daß auf einen Anteil von 200 Mk. nicht weniger wie 3000 Mk. Gewinn entfallen. Einem Teil der Mitglieder war diese Dividende aber offenbar noch ungenügend. Diese verlangten vielmehr, daß die Dividende auf mindestens 2000 Prozent festgesetzt werde. Schließlich einigte man sich dahin, daß neben den 1500 Prozent Dividende noch allen Mitgliedern, die sich an die Genossenschaft angeschlossen haben, für jedes einzelne Stück Vieh eine Extraprämie von 170 Mark ausgeschüttet wird.

Bedenkt man, daß jeder Händler schon bei jedem Verkauf an die Genossenschaft seine Gewinne eingerechnet hat, so kann man sich eine ungefähre Vorstellung von der Wuchererei, die im Viehhandel Platz gegriffen hat, machen. In der Hauptsache beschäftigt sich die Genossenschaft mit dem Verkauf von Vieh zur Abfederung

an die Entente. Hierbei hat die Regierung noch eine besondere Unterstützung in Form einer 12-prozentigen Nachzahlung gewährt. Das ist ein unerhörter Skandal, der nicht schon genug gebremst werden kann. Selbst die Frankfurter Zeitung bemerkt hierzu:

Wir können die Angaben des Allgemeinen Verbraucherbundes vorerst nicht nachprüfen; treffen sie aber auch nur einigermaßen zu, so wäre damit der Beweis geliefert, wie schamlos die große Masse des Volkes von Viehhändlern bewuchert wird. Und dazu wäre ein drastisches Gegenstück zu den mitunter aufstrebenden Gewinnarweisen industrieller Unternehmungen gegeben, deren Profite nun doch nicht so versteckt bleiben können als die der genannten Viehhändler, die einem Lande angehören, dessen offizielle und repräsentative Spitzen mit lauterem Nachdruck Wucher- und Schiebertum bekämpfen wollen.

Es ist selbstverständlich, daß die Regierung über ihre der Viehhändlergenossenschaft gewährte finanzielle Unterstützung zur Rechenschaft gezogen werden muß, denn es geht nicht an, daß die vom Hungerlohn der Arbeiter und Angestellten abgezogenen zehn Prozent einer Gruppe von Händlern zugeführt werden, damit diese eine sich in die Tausende von Prozenten belaufende Dividende verteilen können.

Eingemauerte Dragesch-Waffen.

Im Verlaufe der Waffenbeschaffungen im badiischen Unterland auf Grund verdächtigter Sendungen wurden auf dem dem Hauptmann a. D. Witmer gehörenden Hofe Seltsamkeiten in einem vermauerten Keller über 1000 Gewehre und eine Anzahl Maschinengewehre gefunden, die von den Behörden beschlagnahmt wurden. Ueber wieviel solcher versteckten Waffenlager mögen wohl die Dragesch-Leute und Einwohnerwehren noch verfügen?

Deutschland.

Verhinderter Kapitalverschlebung.

Wie der Lokalanzeiger berichtet, ist in Berlin eine große Kapitalverschlebung, die unmittelbar vor der Ausführung stand, von der Kriminalpolizei vereitelt worden. Beamte der Kriminalpolizei zur Verhütung der Kapitalabwanderung hörten davon, daß zwölf Millionen Mark, die im Depot einer Berliner Großbank lagen, nach Holland verschoben werden sollten. Die Beteiligten, der Holländer Harthe Veresdroen und der Ukrainer Goldmann, wurden verhaftet. Letzterer entpuppte sich als ein langgefolgter Schwindler.

Der Prozeß gegen Hölz. Wie aus Berlin gemeldet wird, beginnt der Prozeß gegen Hölz am 13. Juni vor einem Berliner Sondergericht. In der Anklageschrift sollen gegen zwei Dutzend Paragrafen aufgeführt sein, gegen die Hölz verstoßen haben soll.

Kleine Auslandsnachrichten.

Die Antibolschewisten in Sibirien.

Nach einem Telegramm aus Vorkoskoff sind aus Moskau Nachrichten eingetroffen, daß es dem General Semenov gelungen sei, sämtliche Kosaken in Sibirien gegen die Bolschewisten zu vereinigen. In Fort Arthur wurde eine große Konferenz abgehalten, auf der zahlreiche Vertreter der Finanz-, der Handels- und Industriezweige Sibiriens anwesend waren. Es wurde beschlossen, eine bürokratische Staatsform für Sibirien zu sichern.

Wladiwostok von den Antibolschewisten besetzt. Wie aus Tokio gemeldet wird, haben bolschewistenfeindliche Streitkräfte unter dem General Kappel Wladiwostok kampflos eingenommen. Die Japaner verhielten sich neutral.

Nach Londoner Blättern erhielt General Semenov bei der Einnahme von Wladiwostok beträchtliche Unterstützungen durch japanische Streitkräfte. Es sind Vorbereitungen für weitere Operationen in Sibirien auf breiter Grundlage geplant.

Kampf mit Scherern in Südafrika.

Wie aus Kapstadt gemeldet wird, kam es zu einem Kampf zwischen berittenen Polizisten und einer dort angeforderten Schar, wobei es 60 bis 70 Verwundete gab. Auch 8 Polizisten wurden verwundet. Die Anstehung bestand aus 850 Köpfen, deren Vorgesender von den Mitgliedern für heilig erklärt worden war. Auch die Staatsgewalt wurde von den Mitgliedern nicht anerkannt.

Auflösung des portugiesischen Parlaments. Das Parlament wurde aufgelöst. Die Wahlen zu den abgehenden Körperschaften wurden auf den 20. Juli festgesetzt.

Neue Kämpfe in Irland. Bei einem Angriff von hundert Sinnfeindern auf 17 Polizisten bei Curlew-Kennedy wurde ein Polizist getötet und mehrere verwundet. Bei einem von 200 Sinnfeindern ausgeführten Angriff in der Nähe von Borrelokane wurden fünf Polizisten getötet und fünf verwundet.

Von Nah und Fern.

Explosion in einer Dynamitfabrik.

Dömitz, 6. Juni. Aus bisher unbekannter Ursache explodierte in der hiesigen Dynamitfabrik beim Ausschmelzen von Granaten ein Wasserbad mit Granaten. Ein Arbeiter wurde getötet, drei schwer und sechs leicht verletzt.

Stürme und Hagelwetter in Ostpreußen.

Allenstein, 6. Juni. Ein verheerendes Unwetter ging hier am Sonntagmittag nieder. Durch Wolkenschlag und Hagel schlug wurde auf den Feldern und in den Gärten großer Schaden angerichtet. Die Hagelkörner fielen in Walnußgröße. Mit dem Unwetter war heftiger Sturm verbunden, der starke Bäume entwurzelt und zerbrach. In der Stadt lagen die Baumstämme, die Äste und die zerbrochenen Fensterscheiben kreuz und quer, so daß der Verkehr der elektrischen Bahn eingestellt werden mußte. Vom Lande laufen ähnliche Nachrichten ein, verschiedentlich wurden auch Brücken fortgespült.

Die Wetterkatastrophe in Colorado.

Pueblo (Colorado), 5. Juni. Die Zahl der Ertrunkenen wird jetzt auf insgesamt fünf hundert geschätzt. Das Elend in Pueblo ist groß; Tausende von Menschen haben Haus und Hof verloren. Die ganze Nacht hörte man aus den Trümmern eingestürzter Häuser das Wehgeschrei der Verunglückten. Das Hümi die Wetter erschwert die Rettungsarbeiten, und die mit Lebensmitteln für die Kollenden ausgeladenen Eisenbahnzüge bleiben auf der Strecke liegen, da die Schienenwege zerstört sind. — Nach einer anderen Meldung soll die Zahl der Verunglückten 250 nicht überschreiten.

Graufiger Massenelbstmord.

London, 6. Juni. Laut Daily Telegraph meldet die holländische Presse von einem Massenelbstmord in einem großen Dorf im Gouvernement Lambow. Mehr als 300 Männer, Frauen und Kinder versammelten sich im Badehaus, das ausgegallt wurde, hierauf stellten sie das Haus in Brand und kamen in den Flammen um.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Ernst Frenzel in Leipzig.

Verantwortlich für den Interatentell:

Friedrich Viller, Vordorf-Leipzig.

Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig



Kukirol
besitzig schnell, sicher und schmerzlos
Hüneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen
In Apotheken u. Drogerien erhältlich

König-Salomo-Apothek, Grimaltsche Str. 17.

Diese Nummer umfaßt 10 Seiten.

Mündliche Bekanntmachungen.

Die Beratung der unter Aufsicht des Jugendamtes stehenden Fieh- und Waisenkinder findet nun seit ab nicht mehr Freitag nachmittags im Fiehinferunterrichtungsraum statt, sondern in den Mütterberatungsstellen. In diesen werden nun nicht ab außer für Säuglinge auch noch für Kleinkinder (Kinder von 2-6 Jahren) Beratungen abgehalten. Die Beratungssitzungen finden jede Woche statt.

Mütterberatungsstellen	Säng-linge (-2 3.)	Kleinkin-der usw. (Kinder 2-6 J.)
1. Mütterberatungsstelle (Kinderkrankehaus), Reudn., Plakmannstr. 1	Dienstag 4-6 U.	Freitag 4-6 U.
2. Mütterberatungsstelle (37. Volksschule), Gohlis, Neuh. Hallische Straße 60	Mittwoch 4-6 U.	Freitag 4-6 U.
3. Mütterberatungsstelle (17. Volksschule), Plagwitz, Weidenfelder Str. 13	Montag 4-6 U.	Mittwoch 4-6 U.
4. Mütterberatungsstelle (Städt.) Martzarsenstr.	Donnerst 4-6 U.	Freitag 4-6 U.
5. Mütterberatungsstelle (11. Volksschule) Neuschönb., Neustäd. Str. 1	Donnerst 4-6 U.	Freitag 4-6 U.
6. Mütterberatungsstelle (Erzieh.-u. Pflegeanstalt) Lind., Hellmuthstraße 20	Donnerst 4-6 U.	Freitag 4-6 U.
7. Mütterberatungsstelle (Rathaus Schönefeld) Schönefeld, Bresl. Str. 37	Dienstag 4-6 U.	Freitag 4-6 U.
8. Mütterberatungsstelle (Armenhaus Connewitz) Co., Bornalsche Str. 82	Dienstag 4-6 U.	Donnerst 4-6 U.
9. Mütterberatungsstelle (30. Volksschule), Städt., Plehertwölfler Str. 50	Dienstag 4-6 U.	Freitag 4-6 U.
10. Mütterberatungsstelle (34. Volksschule), Centr., Deltischer Straße 110	Mittwoch 4-6 U.	Donnerst 4-6 U.
11. Mütterberatungsstelle (51. Volksschule), Klein-Neub., Dieskaustraße 26	Dienstag 4-6 U.	Freitag 4-6 U.
12. Mütterberatungsstelle (11. Schule), Modern, Gützw.-Röhren-Straße 1	Donnerst 4-6 U.	Freitag 4-6 U.
13. Mütterberatungsstelle (Rathaus Modau) Mod., Modauer Straße 119	Dienstag 4-6 U.	Freitag 4-6 U.
14. Mütterberatungsstelle (19. Volksschule), Sellenhausen, Forsther Str. 8	Dienstag 4-6 U.	Donnerst 4-6 U.
15. Mütterberatungsstelle (Jägerstr.) Scharnhorststr. 27	Montag 4-6 U.	Freitag 4-6 U.
16. Mütterberatungsstelle (Katholische Schule) Alexanderstraße 35/37	Dienstag 4-6 U.	Freitag 4-6 U.
17. Mütterberatungsstelle (Kugelte-Schmidt-Haus) Dresdner Straße 7	Dienstag 4-6 U.	Freitag 4-6 U.
18. Mütterberatungsstelle (11. Volksschule) Wolf-merzsdorf, Konradstr. 67	Freitag 4-6 U.	Dienstag 4-6 U.
19. Mütterberatungsstelle (10a Volksschule) Lind., Marieburger Str. 56/58.	Dienstag 4-6 U.	Freitag 4-6 U.

Jugendamt.

Neuer Gasthof Gohlis.

Heute ab 7/8 Uhr: Großer Elite-Ball.

Eiskeller-Park.

Morgen Mittwoch **Grosses Garten-Konzert**
 abend 7/8 Uhr
„Ein Wiener Walzer- und Operetten-Abend“
 ausgeführt vom **Philharmonischen Blasorchester**, unter persönlicher Leitung des Herrn Musikdirektor **H. M. Sillor.**

LICHT-SCHAUSPIELHAUS

Vom 7. bis 9. Juni 1921
 Das mit größter Spannung erwartete **Sitten-Drama**
Eva, die Sünde
 Das tragische Schicksal eines Verführten
 Spannende Handlung, erschütternde Tragik, packende Realistik.
 In den Hauptrollen: Nur erste Künstler von bestem Ruf.
 Herzu
Im Angesicht des Todes
 Ein äußerst spannendes amerikanisches Kriminal- und Sensations-Drama.
 Hierzu ein weiteres gewähltes **Boloprogramm.**
 Täglich Einlaß 5 Uhr Anfang 5 1/2 Uhr

Zus. 10 Akte
 Zus. 10 Akte

REISENBAHNSTR. 74 Sch

Gamaschen ♦♦ Gürtel

von 50 Mark an von 1 Mark an
 sehr solide Qualitätsarbeit
 Erneut im Preise herabgesetzt
 Eigene Fabrikations- und Reparaturwerkstatt
 Vorteilhafte Bezugsquelle für Wiederverkäufer!

Karl Blaich Windmühlenstraße 32
 Tauchaer Straße 16

Die Praxis der Außenhandelsstellen verzerrt die Arbeitslosigkeit!
 Die Außenhandelsstellen ruinieren die deutsche Volkswirtschaft!
 Volkswirtschaftlicher! Beseitigt die Außenhandelsstellen!
 Weg mit den Außenhandelsstellen, denn diese vermindern unsere Arbeitsgelegenheiten!
 Nur Schieber sind für Außenhandelsstellen!
 Die Außenhandelsstellen verteuern unsere Lebenshaltung!

Wurst

kaufen Sie am billigsten bei
Müller, L.-Volkm., Kirchstr. 48
 Telephon 61073
 Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer

In unserem Verlage erschien:

Ein Plan zur Sozialisierung der Landwirtschaft

Von **Karl Marchionini** :: Mit einem Vorwort von **Luise Zieh**

Inhalt:
 Vorwort. Einleitung. Müssen wir sozialisieren? Können wir sozialisieren? Unsere Vorarbeiten zur Sozialisierung. Was sozialisieren wir? Wie sozialisieren wir? Können die Enteigneten entschädigt werden? Die Bauern in der sozialistischen Gesellschaft. Verteilung und Verbrauch der Nahrungsmittel

Preis 2 Mark

Zu haben in unseren Geschäftsstellen oder durch die Austräger der Volkszeitung zu beziehen

Leipziger Buchdruckerei W. G., Leipzig
 Abteilung Buchhandlung

Ortsverein L.-Ost

(U. S. P. D.)
 Freitag, den 10. Juni, abends 7/8 Uhr
 Beginn der regelmäßig alle 8 Tage stattfindenden
Diskussions-Abende
 im kleinen Saal von **Rahlers Festhäfen, Volksh.**
 Alle Mitglieder, die gewillt sind, sich daran zu beteiligen, sind freundlichst eingeladen. Frühere Auswärtige Teilnehmer besonders auf diese Einrichtung aufmerksam gemacht.
 Der Vorstand.

U.-T. L.-Connewitz

Ab heute: Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
 Nur für Erwachsene!
10 Akte Das große Sensations-Doppel-Programm von größter Spannung **10 Akte**
Die Hand des Würgers
 Kriminal-Detektiv-Drama.
 Ausserdem:
Die Bande der Dreizehn
 Grösster und neuester Texas-Jack-Abenteurer-Sensations-Schlager aus dem wilden Westen Amerikas.
 Beginn Punkt 6⁰⁰ und 8⁰⁰ — Ende 10⁰⁰.
 Das beliebte U.-T.-Quartett.

Reichsverband

L.-Kleinböcker.
 Großer Jagdtiger Garten, ar. Kinderwiesplatz, 1500 Vert. fallender Saal für Vereine zu Sommerfesten sehr gut pall.
Bereinen und Organisationen
 empfehle ich zum Abhalten von Versammlungen sowie Versammlungen meinen Saal a. unentgeltlicher Benutzung, 100 - 300 Personen fassend. L. Dohrenz / Stadt Hannover Seeburgstr. 25/27. Tel. 2390

Familien-Nachrichten

Dankagung.

Allen lieben Verwandten, Freunden und Bekannten, Hausbewohnern, Turn- und Sportgenossen für die überreichen Spenden und Glückwünsche zu unserer Vermählung sagen wir nur hierdurch unsern herzlichsten Dank.
 L. Plagwitz, Ziegelstraße 22, v.
Artur Stöpel und Frau.

Metallarbeiter

Verband

Die Bibliothek liegt allen Mitgliedern unentgeltlich zur Verfügung und können Bücher während der wöchentlichen Besuche entliehen werden.
 Antragsverfahren müssen gegen Einreichung des Verbandsbuches innerhalb drei Tagen erfolgen.

Donnerstag, den 9. Juni, abends 6 1/2 Uhr
 im Volkshaus
Sitzung der erweiterten Ortsverwaltung
Formen u. Giebereiarbeiter. Freitag, abends 7 Uhr, Sitzung der Betriebsräte und Vertrauensmänner im Volkshaus. Jeder Betrieb muß vertreten sein.
 Das Agitationskomitee.

Rindenfels

Karl-Heine-Straße 50 Fernruf 18195/96
 Der große dramatische Film in 6 Akten
 Aus der Chronik Englands
Lady Godiva
 Hauptrollen:
 Hedda Bernon, Gertrud Weiser, E. v. Winterstein, Ernst Deutsch, W. Diegelmann.
Sein Pelzmäuschen
 Lustspiel in 3 Akten mit **Via Andros**
 Richard Genies — und der übrige Spielplan.
 Nur für Erwachsene über 18 Jahre.

Frühkartoffeln.

Zur Lieferung von Frühkartoffeln, waggowweise, empfehlen ich **Rohrbach & Allgeier** Neu-Wiederitzsch. Telefon 17405.

Achtung!

Großen Posten **Herren-Schnürschuhe** verkauft spottbillig 75.
 Paar nur bis 100.
 Händler Extra-Preise!
Strossig, Gr. Fleischerg. 23.

Am Montag, früh 1/6 Uhr, verschied sanft nach langem, aber mit großer Geduld ertragenem Leiden ganz schnell und unerwartet unsere stets treuorgende Mutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin u. Tante **Alwine verw. Lindner geb. Jahn** im 60. Lebensjahre. In tiefer Trauer zeigen dies nur hierdurch an
 Großschöcher-Windorf, Hauptstr. 57, II.
 Die trauernden Hinterbliebenen.
 Beerdigung Donnerstag nachm. 3 Uhr von der Kapelle des Friedhofs in Großschöcher-Windorf aus.

Leipziger Mieterverein, Westgruppe

Heute Dienstag, 7. 6. 21, abends 7/8 Uhr
 in den Westendhallen
Gruppenversammlung.
 Tagesordnung:
 1. Delegiertenwahl zur Generalversammlung.
 2. Bericht des Vorstandes.
 Vollständiges Erscheinen ist unbedingt erforderlich.
 Der Vorstand.

Wintergarten

Eisenbahnstraße 56 Fernruf 18195/96
Apachenrache
 3. Teil: Die verschwundene Million
 Sensationelles Detektivbild in 5 Akten.
 Das erste verfilmte Werk **Karl Hauptmanns**
Lobias Buntschuh
 Das Drama eines Einsamen in 5 Akten.
 Nur für Erwachsene über 18 Jahre.

Wer zuletzt lacht..

An eine Leserin, die sich beschwert!
 Sie schreiben uns:
 „Wenn mein Mann nachmittags nach Hause kommt, legt er sich aufs Sofa und liest. Das ist ja kein gutes Recht, aber es ärgert mich, wenn ich in der Küche wirtschaften muß und ihn frage, was er denn hat, sagt er bloß: „Lies mich in Ruhe, ich lese Büttner!“ — Was soll ich dagegen machen?“
 Die Antwort ist einfach: Lesen Sie **auch Büttner!**
 „Büttner u. seine Zucht“ ist in der Buchhandlung und den Filialen der Leipziger Volkszeitung zum Preise von **Mark 7.—** zu haben.

Am 4. Juni 1921 verschied im 77. Lebensjahre unser Angestellter i. R.
Herr Assistent Hermann Rudolphi.
 Der Verstorbenen war 23 Jahre im Dienste der Kasse und hat sich jederzeit als ein gewissenhafter und pflichttreuer Beamter erwiesen. Sein Andenken wird jederzeit in Ehren gehalten werden.
 Leipzig, am 6. Juni 1921.
 Der Vorstand Die Verwaltung
 der Allgem. Ortskrankenkasse für die Stadt Leipzig.
 W. Friß, Vorsitzender Liebau, Verwaltungsdirektor.

Markranstädt.

Am Donnerstag, den 9. Juni, abends 7/8 Uhr, spricht im Thüringer Hof Lehrer **Michaelis** über:
Die Bedeutung der Elternratswahl und das Reichsschulgesetz.
 Am Sonntag ist Elternratswahl, darum fährt auch auf, Licht und Finsternis zingen um die Schule.

Nach einem arbeitsreichen Leben verschied infolge schwerer Krankheit am 4. d. M. der
Glasler- und Tischlermeister Robert Kinne
 im Alter von erst 44 Jahren.
 Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahren
 Leipzig-Neustadt, den 6. Juni 1921
 Das Personal.
 Beerdigung Mittwoch, den 8. d. M., 10 1/2 Uhr, von der Hauptkapelle des Sildfriedhofs aus.

...lacht am besten!
Trauringe massiv Gold
Gustav Kaniss
 Tauchaer Str. 6. 1

Dankagung. Für die vielen wohlthuenden Beweise aufrichtiger Anteilnahme und den reichen Entschärfungen, dem **Zigarrenhändler Hermann Maiwald** das letzte Geleit geben, sagen wir nur hierdurch unsern herzlichsten, tiefempfundenen Dank.
 L.-Eutritsch, Wittenberger Str. 51, 6. Juni 1921
Henriette verw. Maiwald geb. Beyor u. Sinterbl.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 7. Juni.

Parteiangelegenheiten.

Stadtverordnetenfraktion. Morgen Mittwoch, nachmittags 1 1/2 Uhr, Besichtigung der Einrichtungen im Leipziger Polizeiamt. Treffpunkt 1/4 Uhr Königsplatz, am Grassimuseum.

Gewerkschaften. In der Nacht, am 6. Juni, abends 8 Uhr, wichtige Besprechung der Reform der Gemeindegesetzgebung; Verschiedenes. Der Obmann.

Offizier. Donnerstag, den 9. Juni, abends 1/8 Uhr, Funktionärfraktion in der Grünen Aue, Bernhardtstraße 26.

Ortsverein L.-Stütz. Mittwoch, den 8. Juni, abends 1/8 Juni, Besprechung und Vorstandsmittagessen zu einer wichtigen Besprechung bei Siebedorn.

Südostbezirk. Donnerstag, den 9. Juni, abends 8 Uhr, wichtige Funktionärfraktion im Gasthof Neureudnitz, Stötterischer Straße 7.

Ortsverein Taucha. Morgen Mittwoch, den 8. Juni, abends 8 1/2 Uhr, Funktionärfraktion im Goldenen Löwen.

Dehler-Gauleiter. Heute Dienstag Frauenabend im Bürgergarten, Ring. Beginn 8 Uhr.

Ortsverein Stötteritz. Heute, abends 1/8 Uhr, Kursus in der Aula der 20. Volksschule. Dritter Vortrag des Genossen Bartholomäus. Die ausgegebenen Karten sind mitzubringen.

Die Zukunft der Leipziger Hochschule für Frauen.

Nach dem Bericht der Tagespresse hat der Rat der Stadt Leipzig beschlossen, die zur Zeit private Hochschule für Frauen...

Damit sucht man das Schicksal, von dem schon eine ähnliche Schule, die „Hochschule für das weibliche Geschlecht“ in Hamburg, in der Mitte des vorigen Jahrhunderts betroffen wurde, nämlich den wirtschaftlichen Zusammenbruch des Unternehmens, abzumehren. Denn aus der Tatsache, daß die Frauenhochschule von der Stadt Leipzig übernommen werden soll, geht hervor, daß die...

Der Beschluß des Rates verrät, rein schulpolitisch gesehen, eine gewisse Großzügigkeit der Denkungsart; denn durch ihn hat der Rat anscheinend zum Ausdruck gebracht, daß er über die kleinen, aber scharfen Spitzen hinweggeht, welche die bisherige Leitung der Hochschule im Gegensatz zu den Studierenden zu zahlenden, nicht unbedeutenden Gebühren nicht ausreichen, den Schulbetrieb aufrecht zu erhalten, und daß man die Lasten dieser Schule auf die breiten Schultern der steuerzahlenden Allgemeinheit legen will.

Wenn man nun auch, besonders bei Schulen, deren Lasten von der Allgemeinheit getragen werden, den Einwand, daß alle Schulen eine unrentable Sache seien, gern zur Entschuldigung und Entbindung des meist sehr hohen Schulaufwands anführt, so sollte doch die Rücksicht auf eine gewisse Wirtschaftlichkeit schulischer Unternehmungen niemals ganz außer acht gelassen werden, besonders wenn sie, wie in diesem Falle, dringend zu einer Umgestaltung des ganzen schulischen Aufbaues zwingt.

Für die jetzige Verwaltung der Frauenhochschule gab es nämlich nach Lage der Dinge zwei Möglichkeiten: entweder den unrentablen Betrieb durch Neuorganisation so zu gestalten, daß er wirtschaftlicher arbeitete und in den Händen seiner jetzigen Leiter verbleiben konnte; oder auf die gründliche Neugestaltung zu verzichten und die Kosten von der steuerzahlenden Allgemeinheit tragen zu lassen. Für den letzteren Weg hat man sich anscheinend entschieden. Gerade dies aber ist vom schulischen Standpunkt, wie auch von dem des allgemeinwirtschaftlichen aus, in diesem Falle des stadtwirtschaftlichen Interesses, bedenklich. Aus folgenden Gründen:

Die Sicherung oder Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz einer Privatschule, also auch der Frauenhochschule, hängt naturgemäß von der Menge der zahlenden Besucher ab. Die Besucherzahl aber richtet sich danach, ob die Schule mit ihren Ausbildungsmöglichkeiten einem tatsächlichen Bedürfnis entgegenkommt oder nicht. Die Frauenhochschule ist nun zu einem wesentlichen Teil eine Berufsschule. Sie will für eine Reihe von Berufen sozialer Art ausbilden. Wenn nun wirklich das Stellenangebot in diesen Berufszweigen recht groß wäre, so würden sich bei dem erfreulichen Streben der Frauen nach beruflicher Betätigung und bei der weitestgehenden Eignung des weiblichen Geschlechts für diese Berufe viele Frauen für sie entscheiden und eine Ausbildung hierfür suchen. Die wirtschaftliche Existenz der Schule wäre also nicht in Gefahr, daß man von der Stadt die gesamte Kostentragung verlangen müßte. Das aber ist nicht der Fall, deshalb nicht, weil die Berufe, für welche die Frauenhochschule ausbilden will, nicht in der Zahl vorhanden sind, daß der heute so kostspielige Apparat einer Spezialschule von der Größe der Frauenhochschule für diese berufliche Ausbildung erforderlich wäre. Der ganze Plan der Schaffung ist ja, wie dies bereits vor Jahren festgestellt worden ist, auf die Ausbildung für Berufe angelegt, die zum Teil erst ins Leben gerufen werden müssen. Angenommen, daß die Notwendigkeit sozialer Frauenberufe dieser Art heute kaum erfüllbar ist, so ist wie in den Kriegsjahren und früher, angenommen, daß diese Notwendigkeit noch bringender ist, so erscheint es doch fraglich, ob bei der jetzt und in der Folgezeit gebotenen Sparpolitik auf allen Gebieten des staatlichen und kommunalen Verwaltungsbereichs die Zahl der Stellen für diese sozialen Frauenberufe auf eine solche Höhe gebracht werden kann, daß sich schon jetzt eine besondere Schule hierfür rechtfertigen ließe. Von hier aus gesehen kann daher die Schule in ihrer jetzigen Form in denen, die sich für den Besuch in der Absicht entschließen, dort die Vorbereitung für eine berufliche Existenz zu finden, Erwartungen und Wünsche erwecken, die in absehbarer Zeit leider kaum erfüllbar sind. Und wenn nun erfreulicherweise trotz der Finanzkalamität des Staates und der Kommunen doch die Zahl der Stellen für soziale Frauenberufe auf die wünschenswerten und für die Erziehung oder Erhaltung einer besonderen Schule notwendige Höhe gebracht würde, so würde doch daraus erst wieder die Notwendigkeit abgeleitet werden können, daß der Staat die Erziehung oder Erhaltung übernimmt. Es scheint aber, daß der Staat trotz voller Anerkennung der Notwendigkeit sozialer Frauenberufe die Frauenhochschule zu Leipzig nicht in eigene Verwaltung nehmen will, obwohl für ihn die Schule in erster Linie von Interesse wäre.

Es ergibt sich also, daß die Übernahme der Hochschule für Frauen in städtische Verwaltung unter grundsätzlicher Beibehaltung ihrer bisherigen Organisation (mit einer bloßen Namensänderung ist natürlich gar nichts getan) schon aus Gründen einer gefunden kommunalen Wirtschaftspolitik bedenklich wäre.

Es verbleibt sonach nur noch die Möglichkeit einer Übernahme der Schule unter Sicherung aller Garantien für eine Neuorganisation, unter Umständen eines totalen inneren Neuaufbaues, also in bezug auf Leitung, Lehrkräfte, Programm, Unterrichtsbetrieb usw. Dieser Forderung freilich scheint manches entgegenzusetzen.

Nach den vorliegenden Prospekten, Vorlesungsverzeichnissen, Prüfungsordnungen usw. hat die Organisation der Schule bisher keine grundsätzliche Neugestaltung erfahren, und auch der Unterrichtsbetrieb hat sich nicht wesentlich geändert, obwohl die Schule nach dieser Richtung eine scharfe, aber durchaus sachliche Beurteilung von dem Berliner, damals Leipziger Universitätsprofessor Eduard Spranger, einem früheren Mitarbeiter, erfahren hat, der im Jahre 1916 eine bei Dürer in Leipzig erschienene Broschüre über „Die Idee einer Hochschule für Frauen und die Frauenbewegung“ schrieb und eine Reform der Schule in bezug auf ihre Grundidee und auf den Schulbetrieb energisch forderte. Die schon aus Gründen der Sicherung einer größeren Wirtschaftlichkeit des Unternehmens nötige Umgestaltung der Schule war also schon längst auch aus pädagogischen und didaktischen Gründen geboten.

Es ist nun die Frage, ob die Ursache dafür, daß die Direktion bis heute noch nicht mit einem unabweidenden und ausführlichen Programm einer Neuordnung hervorgetreten ist, in der Direktion selbst zu suchen ist oder darin, daß die Gründungs- und Stiftungsbedingungen einer Neuordnung, besonders einer grundsätzlichen, entgegenstehen. Es ist möglich, daß die Stifter ihre sehr reichen Stiftungen an Bedingungen geknüpft haben, die eine Umgestaltung und eine Umgestaltung der Schule, selbst im Sinne einer Einordnung derselben in die bereits bestehenden Schulorganisationen der Stadt, erschweren oder gar unmöglich machen. Wenn aber solche Bedingungen in Gestalt der Stiftungsbedingungen oder in anderer Form von der Stadt mit übernommen werden müßten, so wäre die Übernahme aus schulischen Gründen bedenklich. Es ist daher unbedingt nötig, daß die für die Übernahme verantwortlichen Körperschaften nicht etwa Bedingungen mit übernehmen, durch die eine dauernde Bindung bewirkt werden könnte.

Am einfachsten lösbar wäre die Frage dadurch, daß man die Schule bedingungslos übergibt und übernimmt. Sofern aber die Stifter für eine bedingungslose Übergabe nicht zu gewinnen sind, ist es Pflicht der Übernehmenden, also der städtischen Kollegien, sich nicht mit allgemeinen Zugeständnissen zu begnügen, sondern...

Parteigenossen und Genossinnen!

Die Protestlisten gegen das „Reichsschulgesetz“

liegen überall aus. Sie werden auch in den Betrieben zirkulieren!

Unterschreibt alle!

und agitiert dafür, damit auch dieses Mittel gegen dies Schandgesetz ausgiebig benutzt wird.

den sich mit den jetzigen Jahrgängen auf ein, vielleicht von der jetzigen Schulleitung auszuarbeitendes, bestimmtes und in allen Einzelheiten festliegendes Programm zu einigen, das vor der Annahme der Prozedur zugänglich gemacht werden müßte.

Freilich, da, wie es scheint, in bezug auf die Ausarbeitung eines solchen Schulprogramms bis jetzt noch nichts geschehen ist, die Zeit aber zur Verabschiedung drängt, wäre die bedingungslose Übergabe der Schule an die Stadt zweifellos der glücklichere Weg.

Eine Besorgnis der Stifter, daß bei völligem Verzicht auf ihr Mitspracherecht der prächtige Bau an der Königsstraße zwecklos dienbar gemacht werden könnte, die den neuzeitlichen Grundrissen allgemeiner und beruflicher Bildung und Fortbildung beider Geschlechter zuwider sind, ist gänzlich unbegründet. Wenn man also in der Anregung zur Verabschiedung der Schule die Erkenntnis erliden darf, daß sich die Schule in der gegenwärtigen Form ihrer Existenz nicht mehr halten kann, so darf man auch damit rechnen, daß die Stifter und jetzigen Besitzer der Schule zum Rat der Stadt das Vertrauen haben werden, daß er bei dem inneren Neuaufbau der Schule die Idee ihrer begeisterten Begründerin, der Frau Henriette Goldschmidt, schon aus pietätvollen Gründen mit realisieren wird. Oberster Grundgedanke des Neuaufbaus freilich muß sein, daß die Schule die kommunale Wirtschaft nicht über Gebühr belastet.

Welch reiche Entwicklung- und Ausgestaltungsmöglichkeiten übrigens die Schule bietet, wenn sie unter der Bedingung freier Ausgestaltungsmöglichkeiten übernommen wird, Entwicklungsmöglichkeiten, für deren Verwirklichung gar nicht einmal die jetzt geforderten Kosten nötig sind; dies darzulegen ist hier nicht der Platz. Es soll auch der jetzigen Schulleitung nicht vorgegriffen werden. Hauptforderung bleibt: jeder Vorschlag der Neugestaltung muß den Nachweis größter Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit enthalten. Mit anderen Worten: die jüngste Schule der Stadt Leipzig soll der Verwirklichung zeitgemäßer pädagogischer Ideen dienen, aber an die Finanzkraft der Stadt möglichst geringe Anforderungen stellen. Das ist nötig — und möglich. Dr. — z.

Die Vorwürfe gegen den Leipziger Großmarktleiter.

Der Rat schreibt: In einer hiesigen Tageszeitung wird auf angebliche Mißstände auf dem Leipziger Obstmarkt hingewiesen und dabei dem Regierungsvorsteher bei Beratung der Frage der Vergebung des Staatsstrafenobstes im Haushaltsauschuss A des Landtags eine auf den städtischen Großmarkt abzielende und diesem mißbräuchliche Bewertung der von ihm erworbenen städtischen und städtischen Obstmarkten vorwerfende Äußerung in den Mund gelegt, die, falls sie wirklich in dieser Form getan sein sollte, auf irigen Voraussetzungen beruht.

Entgegen dieser Äußerung muß festgestellt werden, daß der mit dem Leiter unseres städtischen Großmarktes abgeschlossene Vertrag und die ständige Überwachung seiner Geschäftsführung jede Privatpekulation vollkommen ausschließen, sowie daß von irgend-

welcher Beziehung von Obst durch den Großmarktleiter, wie sie nach der Regierungserklärung im größeren Umfang vorgekommen sein soll, keine Rede sein kann.

Die Behauptung, daß an derartigen Schiebungen drei Großhändler mit beteiligt gewesen sein sollen, muß als aus der Luft gegriffen bezeichnet werden.

Allerdings sind im Herbst vorigen Jahres einem städtischen Großhändler durch den städtischen Großmarkt mehrfach Äpfel geliefert worden. Es handelte sich hierbei jedoch um Äpfel minderer Qualität, die bei den großen städtischen Äpfelbezügen aus Süddeutschland neben guten Sorten mit übernommen werden mußten, für die aber neben dieser guten Ware in Leipzig damals kein genügender Absatz vorhanden war.

Außerdem sind demselben Großhändler nochmals im Frühjahr dieses Jahres einige hundert Zentner Äpfel geliefert worden. Und zwar geschah dies, weil die Kühlräume, in denen die Äpfel lagerten, zur Vermeidung von Verderb der Ware geräumt werden mußten und infolge der damals einsetzenden starken Apfelsinenzufuhren das Interesse der hiesigen Bevölkerung für die Äpfel außerordentlich zurückgegangen war, andererseits die Ware nicht dem Verderb überlassen werden sollte.

Wenn in der vorgedachten Regierungserklärung auch von Verchiebung von Rüben die Rede ist, so ist dem entgegenzusetzen, daß es sich hierbei um Rüben handelt, die im März und April unterm städtischen Großmarkt aus Oesterreich zum Kommissionsweifen Verkauf überhandt wurden, hier aber selbst bei kommissionweisem Weiterangebot, insbesondere an den Konsumverein und an die Straßenhändler, keinerlei Absatz fanden und deshalb außerhalb Leipzigs, übrigens aber ebenfalls innerhalb Sachsens verkauft worden sind.

Hierzu handelt es sich bei allen diesen Verkäufen nicht um die Erträge irgendwelcher für die Stadtgemeinde erpachteten Staatsstrafenobstes, sondern um Obst, das daneben noch von dem städtischen Großmarkt im Auftrage der Stadt im Interesse der Bevölkerung hinzugekauft worden ist und lediglich deshalb, weil es nicht absetzbar war, weiterveräußert werden mußte.

Daß sich die Stadt an der von einzelnen Seiten im Haushaltsauschuss A des Landtags angegriffenen Erwerbung von Staatsstrafenobst beteiligt und insbesondere auch deren tunlichste freihändige Überlassung zu angemessenen Preisen anstrebt, geschieht, um deswillen, weil ihr dadurch eine Möglichkeit gegeben ist, ihrerseits im Interesse der Bevölkerung einen günstigen Einfluß auf die Preisgestaltung im allgemeinen zu gewinnen.

Die Einlieferungen in den deutschen Bestattungen waren im Februar und März gegen das Vorjahr erheblich zurückgefallen. Der April hat aber den Ausfall längst wieder ausgeglichen. Gegen 1352 Einlieferungen im Vorjahre sind in diesem nicht weniger als 1673 vorgenommen worden, davon in Augsburg 2, Baden-Baden 9, Berlin 399, Braunschweig 25, Bremen 90, Chemnitz 69, Coburg 10, Danzig 22, Darmstadt 4, Dessau 19, Dresden 97, Eisenach 22, Eßlingen 1, Frankfurt a. M. 17, Freiburg 3, Friedberg 7, Gera 31, Göttingen 7, Gießen 16, Gotha 52, Greifswald 5, Hagen 6, Halle 30, Hamburg 71, Heidelberg 9, Heilbronn 2, Hirschberg 8, Jena 27, Karlsruhe 17, Kiel 10, Königsberg i. P. 24, Konstanz 3, Krefeld 7, Leipzig 119, Lübeck 12, Mainz 21, Mannheim 29, Meiningen 12, München 51, Nürnberg 28, Offenbach 21, Pforzheim 8, Plauen 21, Pößneck 11, Reutlingen 2, Sonneberg 6, Stuttgart 6, Tübingen 1, Treprow 80, Ulm 8, Weimar 15, Wiesbaden 19, Zittau 15, Zwickau 21.

8. Volksschule, L.-Connewitz, Herderstraße. Mittwoch, den 8. Juni, abends 7 1/2 Uhr, Vortrag, Tagesordnung: Gegen die Vertrimmerung der Volksschule durch das Reichsschulgesetz. Ref.: Herr Lehrer Damm.

Bootsunfall im Luppenmühlgraben! Am Sonnabend, gegen 6 Uhr abends, wurde am Luppenmühlgraben ein Boot gegen das Wehr gedrückt; es schlug um. Dem Insassen gelang es, sich am Boot festzuhalten. Einige junge Mädchen, die den Vorgang beobachteten, holten Hilfe aus dem Luppenmühlgraben. Dem Bademeister gelang es dann, den jungen Mann aus seiner gefährlichen Lage zu befreien.

Ein Sachverständiger des Mieteinigungsamtes. Am 28. Mai wurde auf dem Mieteinigungsamt unter Vorsitz des Herrn Hofrat Dr. Sperrling von dem Baumeister Beyer, aus der Firma Beyer & Welsch, gesagt: „Die Arbeitslosen sind alle Faulenzer, das fängt oben beim Rat an und hört unten auf, das ist es nur um die Unterstützung zu tun, aber arbeiten wollen sie nicht“. Nun wagt ihr, Arbeitslose! Ob dieser Herr wohl die vielen Baumeister, Bauunternehmer, Architekten usw., die jetzt zum größten Teil „ohne Arbeit“ sind, auch mit gemeint hat? Ein großer Teil dieser Herren ist jetzt den Hausbesitzern beifällig, die Mieten in die Höhe zu treiben. Auch Herr Beyer ist so ein „Sachverständiger“. So hat er in der Bismarckstraße 14, IV die Hausmannswohnung, Stube, Kammer, Küche (ein großer Teil davon ganz schräg, daß nichts aufgestellt werden kann; der Küchenofen ist so defekt, daß er gar nicht benutzt werden kann; bei Regenwetter schwimmt alles) mit 700 Mk. „begutachtet“ — wegen der „guten Lage“. Dabei kommt nie ein Sonnenstrahl in diese Räume. Bisher kostete diese „Wohnung“ 400 Mk.

Die landwirtschaftliche Wanderausstellung. Bis zur Eröffnung der großen deutschen landwirtschaftlichen Ausstellung in Leipzig-Thonberg am Donnerstag, dem 16. d. M., sind es nur noch wenige Tage. Die Wege und Schleusenanlagen auf dem Platz haben, wie wir den Ausstellungsnachrichten entnehmen, bei den schweren Wollenbrüchen der letzten Tage allen Ansprüchen genügt, die Regenmengen Wasser sind vom Platz schnell aufgenommen und verschwinden. Das Wasserleitungsnetz ist fertiggestellt, und die Versorgung mit elektrischer Energie wird am 13. d. M. beendet sein. Das Bild auf den einzelnen Ausstellungsgeländen ist zur Zeit grundverwöhren. Während einzelne Pläne mit ihrem Aufbau nahezu fertig sind, sind andre wieder zunächst nur mit einem Rahmen umschrieben oder auch noch gar nicht erschienen. Am weitesten fortgeschritten sind die beiden Bauten des Kaliumdikats und der Superphosphat-Industrie. Auch die beiden großen Wirtschaften und die Konditorei sind nahezu vollendet. Für das Turnier sind im Großen Ring feste Hindernisse eingebaut und die 800 Personen fassende Tribüne ist im Rohbau fertiggestellt. Auch das Dorf mit 500 Ställen, die Ställe für Ziegen, Hunde und Geflügel, sowie die Hallen für Obst und Gemüse usw. gehen der Vollendung entgegen. In der großen massiven Erzeugnissehalle sind alle Tische, je nach Gruppen, mit goldgelbem, blauem und grünem Nupfen bis auf die Erde verkleidet. Dieser Bau enthält sieben große Hallen. Die Postanstalt wird auf dem Platz am 10. d. M., die Sanitätswache am 8. d. M. in Betrieb genommen, wegen der Feuerwehr den Dienst erst am 16. Juni früh aufnimmt.

Der Ido.-Weltsprache-Verein veranstaltet Sprachkurse. Anfang Freitag, den 10. Juni, abends 1/8 Uhr, in der Frauenhochschule, Königsstraße, Zimmer 2. Teilnehmer bezahlen 6 Mk. einschließlich Lehrmittel.

Polizeinrichten.

Ein gemeingefährlicher Schwindler ist hier in den ersten Tagen dieses Monats aufgetreten. Ein angeblicher Gutsinspektor Lehmann aus Gera hat durch Vermittlung eines hiesigen Stellenvermittlers einen Kuhmeister zugewiesen erhalten, der bereit war, bei ihm in Stellung zu treten, auch die von ihm geforderte Kaution von 4000 Mk. zu hinterlegen. Als der Stellenvermittler von dem Verlangen des angeblichen Lehmann Kenntnis erhielt, kamen ihm Bedenken, so daß er nochmals persönlich mit dem in einem Hotel in der Blücherstraße wohnenden „Gutsinspektor“ ver-

23. Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes in Gießen.

Letzter Verhandlungstag. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhebt Brüd. Wiebels...

Abgegeben wurden 122 Stimmen. Die Opposition hatte sich an der Abstimmung nicht beteiligt.

Gewerkschaftsbewegung. Die Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes.

wirft, wie man uns schreibt, ihre Schatten voraus. Der Vorstand hat den Verbandstag zum 12. September nach Jena einberufen.

Noch die KPD. blüht seit diesen Monaten zum Sturm. Der Kampf gegen die „gelben“ Amsterdamer läßt sie seit dem Sommer vorigen Jahres nicht zur Ruhe kommen.

wird, können die Mitglieder des Metallarbeiterverbandes unter keinen Umständen ruhig zusehen. Die nicht auf Moskau eingeschworenen Verbandsmilitärs können und werden nicht tadeln, wie ihre Organisation, die für viele ein Stück Lebensarbeit, für alle aber der letzte Hort einer proletarischen Interessenvertretung, ein unentbehrliches Glied im proletarischen Befreiungskampfe darstellt.

Diese Spekulation durchschauend und in Erkenntnis der möglichen Folgen für die deutsche KPD- und SPD-Kollegen des erweiterten Beirats des Deutschen Metallarbeiterverbandes dazu, an die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes einen Aufruf zu richten, der die Kollegen der beiden politischen Parteien für die bevorstehende Kandidatenaufstellung und Delegiertenwahl zur Bekämpfung und gegenseitigen Unterstützung auffordert.

Arbeitsordnung im Einzelhandel

Der Leipziger Verband des Einzelhandels hatte den Angestelltenorganisationen einen Entwurf für eine Normalarbeitsordnung für die Angestellten des Leipziger Einzelhandels eingereicht.

Die Angestelltenenschaft, die schon im allgemeinen mit dem Entschluß in der Sozialpolitik zum Schutze ihrer Arbeitskraft wenig zufrieden ist, muß mit aller Energie daran festhalten, daß die Grundzüge nicht nur auf dem Papier stehen, sondern auch bestimmend und richtunggebend für die Gestaltung des Arbeitsverhältnisses sind.

Bis in alle einzelnen praktischen Fragen des Arbeitsverhältnisses zwischen Angestelltenchaft und Unternehmertum müssen sich diese Grundzüge und die Grundgedanken des neuen Arbeitsrechtes auswirken. Die Angestellten dürfen nicht mehr nur als Objekt im Betriebe bewertet werden, sondern der Hauptzweck unseres Arbeitsrechtes, wie die praktische Gestaltung des Arbeitsverhältnisses überhaupt muß sein, daß „die für den Betrieb maßgebende Willensbildung nicht mehr allein durch den Arbeitgeber nach dem absolutistischen Prinzip des „Herrn im Hause“, sondern nach dem Grundsatze der konstitutionellen Fabrik unter leitender Mitwirkung der Vertretung der Arbeiterschaft erfolgt.“

Wir haben uns in unserem Entwurfe im wesentlichen auf das Beschränkt, was gemäß der gesetzlichen Bestimmungen eine Arbeitsordnung enthalten muß. Soweit Sonderbestimmungen für notwendig erachtet werden, dürfte es Aufgabe der Betriebsräte der einzelnen Betriebe sein, hierfür mit den Geschäftsleitungen das festzulegen, was unbedingt nach der Eigenart des Betriebes geboten erscheint.

Die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband stehen also bevor, und es ist deshalb Aufgabe unserer Vertrauensleute, wie auch der Betriebsräte, darauf zu achten, daß in den einzelnen Betrieben keine Sonderverhandlungen eingeleitet werden. Jede Sonderverhandlung, oder alle damit im Zusammenhang stehenden Vorgänge sind von unsren Vertrauensleuten und Betriebsräten unserer Organisation sofort zur Kenntnis zu bringen.

Zentral-Verband der Angestellten, Leipzig, Braustraße 17.

* Kuhnbaum, Das neue deutsche Wirtschaftsrecht, S. 65.

Transportarbeiter und Arbeitslosenfrage.

Am 31. Mai beschäftigte sich eine im großen Saale des Volkshauses abgehaltene allgemeine Mitgliederversammlung des Deutschen Transportarbeiterverbandes mit dem Arbeitslosenproblem. Kollege Kalkb. zeigte in den einleitenden Worten nochmals das große Elend der Arbeitslosen und kritisierte dann die unzulänglichen Maßnahmen der Regierungen.

Auf Antrag wurde beschlossen, für die Opfer des weißen Schreckens der „Roten Hilfe“ 5000 Mk. aus Ortsmitteln zu überweisen. Der Berufsvorsteher der Arbeitslosen, Kollege Flemming, berichtete dann über die ausgeübten Betriebskontrollen. Ein trübes Bild wurde zutage gefördert. Oft mußte festgestellt werden, daß Arbeitslose nicht eingestellt wurden, obwohl die Möglichkeit dazu vorhanden war.

Schluß, daß hier ein Klassenjustizurteil schlimmster Art vorliegt. Die nachstehende Resolution wurde einstimmig angenommen.

„Nach Anhören der Vorgänge beim Öffnen des Geldschrankes nach dem Volkshausesbrand, wie sie Kollege Reber geschildert hat, erklärt die Versammlung: Das Urteil kann den Kollegen Franz Runge bei der Mitgliedschaft nicht als unwürdig erscheinen lassen, das Amt als Kassierer im Verband weiterzuführen. Die Versammlung spricht dem Kollegen Runge ihr Vertrauen aus und erlucht die Generalversammlung, diese Resolution zu ihrer eigenen zu machen.“

Deutscher Transportarbeiterverband, Verwaltungsstelle Leipzig.

Zum Streit im Malergewerbe.

Eine am Sonntag, dem 5. Juni, stattgefundene Versammlung der Malerackligen hat beschlossen, den Kampf weiter zu führen. Wir machen darauf aufmerksam, daß jeder Kollege, der noch in Arbeit steht, eine grüne Ausweisarte haben muß. Wer keine solche Ausweisarte hat, verrichtet Streikarbeit. Jeder, der befreit ist, Arbeit zu verrichten, verlorge sich deshalb mit einer genügenden Realisation. Die Karten sind im Volkshaus (nach Arbeitschluss) zu haben.

Die Malermeister mit ihrem Obermeister Schumann an der Spitze haben in der Öffentlichkeit allerlei Unwahrheiten verbreitet; sie haben aber bis heute noch nicht den Mut gefunden, die nun von der Öffentlichkeit unterbreiteten Tatsachen zu widerlegen. Das ist der beste Beweis dafür, daß die Malermeister für eine verlorene Sache kämpfen, halten die Malerackligen auch fernher fest zusammen, werden sich auch die Unternehmer Leipzig dazu beugen müssen, die in anderen Großstädten ab 1. des 15. Mai bewilligte Lohnerböhung von 50 Pfg. pro Stunde zu zahlen. Deshalb, Kollegen, bleibt fest!

Verband der Maler, Radierer usw.

Betriebsräte, Arbeiter- und Angestelltenräte, Betriebsobmänner.

Table with columns for Group, Date, Location, and Name. Lists meetings for groups IX, VII, IV, VI, III, X, XI, XII, XIII, and I.

In der Gruppe I referiert Bankbeamter Genosse Fichtner. In der Gruppe II referiert Architekt Genosse Baria. In den Gruppen III, IV, VI, VII, IX, X, XI und XIII referiert Ingenieur Genosse Friedrich Erdmann.

Als 2. Punkt steht auf der Tagesordnung aller Versammlungen: Neuwahl des Gruppenrates.

Alle Versammlungen beginnen pünktlich 7 Uhr abends. Als Legitimation zu allen Versammlungen gelten nur die grünen Ausweisarten. Betriebe, in denen eine Neuwahl jetzt nicht stattgefunden hat, müssen die roten gegen grüne Karten im Kartell, Abt. Betriebsräte, umtauschen.

Kolleg. Seit 2. Juni stehen hier die gesamten Metallarbeiter im Streik. Die Unternehmer waren durch Schiedspruch verurteilt worden, den Arbeitern einen Zuschlag von 5 bis 7 1/2 Prozent zu gewähren. Diesem Spruch war auch die Rechtsverbindlichkeit gegeben worden, da die Metallarbeiter die schlechtestbezahlten Arbeiter sind. Diesen Schiedspruch erkennen nun die Metallindustriellen nicht an. Nun haben noch die Unternehmer ohne Verhandlungen erklärt, daß sie ab 1. Juni keinen Feuerzuschlag mehr gewähren, statt Zulage also Lohnabbau. Der Absus beträgt pro Stunde 60, 50, 35 und 10 Pfg.

Aus der Partei.

Eine eigene Parteidruckerei in Düsseldorf.

Unser Düsseldorfener Parteiorgan Volkszeitung mußte seit einem Jahre in einer Lohndruckerei hergestellt werden, nachdem es den Reichsjustizstellen durch Anrufung der Gerichte gelungen war, uns die eigene Druckerei zu rauben. Die Düsseldorfener Parteigenossen empfinden diese Demütigung sehr schwer. Wieder eine eigene Druckerei zu schaffen, war vom ersten Tage an nach dem Raube ihr Ziel. Dieses Ziel haben sie jetzt erreicht. Unser Düsseldorfener Parteiblatt teilt darüber unterm 30. Mai mit:

Wir können heute unseren Genossinnen und Genossen die hocherfreuliche Mitteilung machen, daß unser Volkszeitungs-Unternehmen und damit die Düsseldorfener Parteigenossenschaft der KPD wieder eine eigene Druckerei besitzt. Am Samstag hat die Buchdruckerei-Genossenschaft Volkszeitung, von den in Frage kommenden Instanzen autorisiert, den gesamten Aktienbestand der Westdeutschen Verlagsanstalt und damit den modernen eingerichteten Druckereibetrieb der Westdeutschen Zeitung (Morgenpost) im Gutenberghaus, Klosterstraße 140, mit allem Inventar käuflich erworben. Die Westdeutsche Zeitung stellt mit dem 1. Juni ihr Erdenbein ein. Der kaufmännische und technische Betrieb wird bereits morgen von der Volkszeitung G. m. b. H. übernommen und die Druckaufträge dort hergestellt. Wann mit dem Druck unserer Zeitung in dem neuen Betriebe begonnen werden kann, steht im Augenblick noch nicht fest, da noch einige Formalien zu erledigen sind. Der Zeitpunkt, wann unsere Volkszeitung wieder im eigenen Betriebe der Düsseldorfener Parteigenossenschaft hergestellt wird, dürfte jedoch nicht mehr allzu fern sein.

Nicht nur für Düsseldorf selbst ist diese Tatsache von großer Bedeutung, sondern für unsere gesamte Bewegung am Niederrhein und Mittelrhein und für das gesamte belebte Gebiet. Reizen dadurch doch manche Proletenpläne, die für jenes wichtige und hochindustrielle Gebiet von größter Wichtigkeit sind, ihrer Verwirklichung entgegen.

Gerichtssaal.

Reichsgericht.

Seine sechs Kinder getötet hat am 3. November 1919 in Tarnowitz der Köster Julius Magiera. Er ist dafür wegen Totschlags am 15. Januar vom Schwurgericht Beuthen zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Seine gegen das Urteil eingelegte Revision wurde vom Reichsgericht als unbegründet verworfen. Gleichfalls verworfen wurde vom Reichsgericht die Revision des Grubenarbeiters Johann Kojur und der Mitangeklagten Agnes Spell, welche beide vom Schwurgericht Beuthen am 18. Februar jeder zum Tode verurteilt worden sind, weil sie am 14. April 1920 in Godulshütte den Arbeiter Joseph Spell ermordet haben.

Die beste Bekämpfung der Schundliteratur. In das Werben neuer Abonnenten für die Volkszeitung!

Rüden-Butter	2.15	1.50
Goldbutter	2.80	2.80
Süßner-Krautfutter	1.80	1.50
Körnerf. 1.70	1.70	1.50
Mais-Buttermehl	1.70	1.40
ganz	1.70	1.40
gerillen	1.90	1.80
Schrot	1.90	1.80
Kuchenbrot	1.40	1.40
Geflügelmischkaff	—	35
Mohnkuchenteig	2.80	2.80
Stich-Mehl	1.10	1.80
Stich-Mehl	1.10	1.80
Türkiner Maismehl	6.50	6.50
Preis bei 10 Pfd., im Str. bill.		
Feist, Rößelstraße 12		
Strassenbahn 1 u. 8.		

**Nur für
Wiederverkäufer!
Seifen**

In großer Auswahl wie
Oranienburg, Kernseife,
Keine Kernseife, Doppel-
stücke ca. 420 u. 250 Gramm
sow. Doppelt, 500 Gramm
Schmierseife, gel. (Etain)
Schmierseife, ca. 42 Proz.
Diverse Toiletenseifen
Streichholz
Nagelzangen
Lief. stets a. billigt. Tauchst.
Erich Dietrich
Hilberstr. 10 (a. Baur. Bnh.)
Telephon 15 620
Eingang 2. Laden, rechts.

Hautfücken
(Krätze)
wirksames Spezialmittel.
König Salomo-Apoth.
Leipzig.

Allerfeinste
Süßrahm-Tafelbutter

$\frac{1}{2}$ Pfd. **11.00** Mark.

Althoff



Spare Geld
denn spiegelblank werden
auch ältere Stiefel durch
Erdal mit wenig Bürsten-
strichen.
spare durch
Erdal

schwarz / gelb / braun / rotbraun Althoffstr. 11, Leipzig

Südstraße 55
Telephon 31536.

Jahns

:: Fisch- und Feinkost-Handlung ::

Leicht verdauliche Kost braucht der Körper im Sommer. — Kein Nahrungsmittel erfüllt diese Bedingung so gut wie die Seefische. Jetzt sind dieselben fetreicher und zarter als im Winter. — Gute, saubere Eisbehandlung ist allerdings unerlässlich.

Qualität macht es, nicht der Preis.

Weisse Wand

Nur noch bis Donnerstag!
Erstaufführung für Leipzig!

**Vorsicht! Hochspannung!
Lebensgefahr!**

Das atomraubende Sensationsdrama, das je gezeigt wurde
ausserst spannende Akte
Rasende Verfolgungsszenen.

„HERZBLUT“

6 Erschütterndes Drama aus dem Leben tieforgreifende Abteilungen 6

**Billigste Bezugsquelle
für Händler und Private.**

Dirndlstoffe, schöne Muster per Meter Mk. 13.50
Hemdentuch 8.00
Lakenlein, 150 cm breit 28.00
Inlotts, Barchento, Gardinen, Stores, versch.
Stoffe, Seidenreste. Große Auswahl.
M. Bäcker, Leipzig, Ranstädter Steinweg 33, I.

Sofort vertilgt unter Garantie samt Brut und Eiern
Kampoldia Wanzen

Verkauf nur Schletterstr. 12; Gohlis, Neub. Hall, Str. 57;
Grenz. Jendler, L. Modau, Modauer Straße 22.

Lichtspiele

Zschocher

Telephon 40960 Inhaber: M. Raschko
Ab Dienstag, den 7., bis Donnerstag, 9. Juni

Die Rache einer Frau.
Schauspiel in 5 Akten.

**Die Kronenjuwelen
des Herzogs von Rochester**
Abenteuerfilm in 5 Akten.
In der Hauptrolle: Ria Jende.
Einlaß 5 Uhr.

Goldne Krone Connowitz
Der beliebte Kronen-Ball. Mittwochs:

Gesellschaftshaus Schönefeld
Mittwochs, den 8. Juni
Großer Elite-Tanz-Abend
Einblatung 17 — 9 Uhr: Kontor.

**Parti-
Schuhwaren**

Ein großer Posten versch.
Schuhwaren eingetroffen
und verkaufte denselben so-
lange Vorrat reicht
spottbillig
Heller, Goldhahnweg 4

Die Kämpferin

Zeitschrift für Frauen und
Mädchen des werktätigen
Volkes. Erscheint alle 14
Tage mit einer 4wöchigen
Kinderbeilage. Sie
kostet die Einzelnnummer
50 Pfg. Durch die Organi-
sation bezogen ist der Be-
zugspreis billiger.

Der Landbote

Unabhängig- sozialistisches
Organ für die gesamte
werktätige ländliche Be-
völkerung. Erscheint alle
14 Tage. Die Einzelnum-
mer kostet 25 Pfg. Durch
die Organisation bezogen
ist der Bezugspreis billiger.

Leipziger Buchdruckerei A.-G.
Abteilung Buchhandlung
Tauscher Straße 19/21.

Inlerate sind nicht an
die Redaktion
sondern an d. Expedition d.
Zeits. Volkszeitung zu richten.

Leipziger Bücher-Ramisch-Halle
Burgstraße 22-24, gegenüber dem Thüringer Hof.
Wissenschaftliche, Unterhaltungs- und Jugendbüchlein.
Große Auswahl. Billige Preise. Kein Kaufzwang. 1.
Ankauf von Büchern außer Zeitschriften u. Schulbüchern.

Günstige Kaufgelegenheit
so lange der Vorrat reicht!

Wilhelm Raabe, Die Akten des Bogellanges
geb. 18. 8.—

— Film Erzählungen	8.—
— Der Hungerdurst	8.—
— Die Leute aus dem Walde	8.—
— Alte Kester	8.—
— Der Hühnerhund	8.—
— Abu Lefan	8.—
— Deutscher Adel	4.—
— Hörer und Corvey	4.—
— Die Innerste	4.—
— Vom alten Proteus	4.—
— Wunnigel	4.—

Alle Austräger und Filialen der Volkseigenen
nehmen Bestellungen entgegen.

Leipziger Buchdruckerei Akt.-Ges.
Abteilung Buchhandlung
Leipzig, Tauscher Straße 19-21.

Kleiner Anzeiger

Arbeitsmarkt

Arbeitslose können sich mit Leichtigkeit ein
tägliches Einkommen von circa
25 Mark verschaffen durch Ein-
sammeln von **Raniken** und
Windenblüten. Blüten tuzw. in dünner Schicht
auf dem Boden ausbreiten, gut trocken werden lassen.
Einkauf 9-4 Uhr, Sonnabend bis 2 Uhr.
Apotheker H. Schröder, L. Gohlis, Modernische Str. 10,
Fernsprecher 9724. Strassenbahn-Linie 6 und 13.

Tüchtige Dreher

für Metall und Eisen, nicht unter
25 Jahren, sofort gesucht.

A. Trojan, Maschinenfabrik
Wittenberg, Wichornstraße

Baumacherin

Selbständige erste Kraft, den modernen Ansprüchen
durchaus gewachsen, per sofort gesucht.
Konsumverein L. Plagwitz e. G. m. b. H.
Sahnstraße 87.

Zigarren- und Wickelmacher
finden Beschäftigung
Deulwider Str. 24, Holzsch.

**Nur perfekte
Weißnäherinnen**
möglichst mit Probearbeit
(Weimarbeit) bei heb. Lohn
sofort gesucht

Gösch. Wäsche-u. Spürzengf.
Kans Rasmann & Co.
Hilberstraße 10, II.

Schmalzler

Regenburger nur 50 Pfg.
in den Zigarren-Geschäften:
Wurzner Str. 37, Gerberstr. 40
Vilauer Str. 49, Elsterstr. 3.
Zigarrenhaus zum Windhund
Zeilstr. 39, Modauer Str. 37
100 gr **Blatttabak** schrittweise
Futballschuhe, Gr. 42, vert.
Klisch. Klarstr. 4, Brummer.

Spottbillig
Getragene und neue
**Anzüge
Hosen**

**Mittler-
gestrickte
Schwarze
Arbeiter**
nur prima Qualitäten u.
feinste Schneider-Arbeit
a. sämtliche Schuhwaren
taufen Sie wie altbe-
kannt beim billigen
Kanner
Eisenbahnstraße 5.

Adelmann, Gehr. u. Cutan.
Anzüge, Bol. J. Vert. Schläpfer,
Cover, v. bill. Unt. Str. 10, I.
Godean, Waldmann, Som. u.
Güte f. J. Woch. Südstr. 59, II. r.

Geiron. Militär-Wäfen
a. 65. — Mart. verkauft
L. Mod. Frommannstr. 12, Lab.

Hemden f. Herren 18.—
Hemdenhemden 8.—
Körp-Ansetz 20.—
Weißhemden u. Kissen 100.—
Bettuch 50.—
Hand- u. Wischtuch St. 5.—
Hemdenhose, Kessel, Damast,
Dienblutzeuge sehr preiswert
Kohlgartenstr. 20, I. I.

Reformbetten w. ä. herit
billig, vert.
Dreilindenstr. 13, (kein Lab.)

Bettstelle mit Matrasse
sehr gut erhalten zu verkaufen
Johannisallee 18, I. rechts.

Eisernes Kinderbett, wie neu
billig, Taubchenweg 58, I. lfs.
15. Had m. G. 10. Had oh. G.
Wringmalch. 80. v. v. 5. 11. n.
Baumann, Ob. Marktstr. 4, III

Seltenes Angebot

900 Anzüge

Covercoats, Schlüpfer, von soliden
bis zu den modernsten auffallend
schönen Farben aus besten Stoffen,
sowie Gesellschaftsanzüge, Hoson,
Gummihäntel
Joppen, Lodenmäntel
für Herren, Junge Herren u. Knaben
zu selten billigen Preisen
teilweise weit unter Preis
Bitte um Besichtigung!

J. Kindermann Neumarkt 1,
Kohn Laden, I. Ets.

Spottbillige Möbel!
Kleiderst. m. 124. — Eur. 200.
Bettst. m. g. Dreil. m. 175.
Auszieht. 125. Korbst. 150.
Küchenti. 65. Chaisel. 200.
Mottelstraße 58, pt. lfs.

Küche, m. Aufwaschl., 7 teil.
neu, m. 880. — Kldstr. 120b. 480.
vert. Lind. — Althausstr. 15, II.

2 auterhalt. Sofas, Stentisch,
Bettstelle mit Matrasse vert.
billig. Keiner Str. 38, II. I.

Neue Wäscheformen 250. —
Tischbill. 31. Schmiedestr. 7, S.

2 Moderne Betten ge-
neu, m. Stahlmatr., nur 400.—
3 geb. Betten m. gut. Matr.,
je 100-200. — Brüderstr. 10, II.

Ein Korbstuhl, m. Wulststr.
belegbar, bill. Stötterstr.
Holzhäuserstr. 1a, b. Pfortner

Korbstühle, bill. wien., 450. —
vt. Ab. — Heinrichstr. 28, IV. r.

Kinderwagen, auterhalten,
verkauft Alte Straße 19, vtr.

Kinderw., groß, vert., Kinder-
forbgehell. D. Jolinderh. 54
vert. Klisch. — Pantstr. 11, III.

Kinderwan., gth. Klappstuhl
vert. bill. Kreuzstraße 52, I. r.

Kinderwagen, auterh., 200. —
vt. Ab. — Cäcilienstr. 19, III. 21.

Wäschwannen billig zu
verkaufen.
Eutrichstr. Salzmännstr. 11.
Gasthof, 21. m. 22. Wärmhil.
bill. Moltauerstr. 33, IV. lfs.

Wurkstoffe zu verkaufen
Dresdner Straße 20, I. rechts.

Hobellant, neu, Gelegenheits-
billig. Dresdnerstr. 68, Gräfe

Zigarettenpresse m. 10 Formen
zu vert. — Krndstr. 68, IV. lfs.

Brutierer 11
Minorfes (Dahn 1000 Mark)
Vegetät. 8 Tage tägl. — 50%
Hardenbergstr. 68, XI. r.

Bermittelte Anzeigen

Das in der Zeits. Volkszeit.
v. 1. u. 21. erschienen mit
meiner Namen unterzeichnete
Inserat **Warnung** ist kein
grober Unfug, sondern bitterer
Ermitt. Gemeint ist Frau
Frieda Rosenhahn, Weidelsch.
Bahnhofstr. 6. Fr. Rosenhahn

I. Berleth-Institut
feiner Gesellschafts-Anzüge
J. Kindermann
Neumarkt 1, 1. Trepp.

Kaufgesuche

Kaufe Herren-Garderobe
Gehrock-Anzüge, Betten,
Bett- u. Leibw., Leinwand,
Kint, Kanfliche Gasse 8, vt.
Strassenbahn b. Battenberg

Goldwaren, Uhren,
Platin kauft **Israel**,
Promenadenstr. 5, Laden

Wohnungen

Mädch. m. Kind sucht Schlaf-
stelle od. leere Stube. Off. u.
L. 37. Kl. — Obermannstr. I

Affekt. 231. Mädch. sucht leer.
Stube m. Kochpl. i. West. Off.
F. B. 51. Kl. — Weidenfeldstr.

2 leere Zimmer von Jung-
kinder Ehepaar gesucht. Off.
u. K. 64 a. d. Erheb. d. Blatt.

**Die allgemeine Volksschule und der Religions-
unterricht in der Republik Sachsen**

mit ausführlichen Erläuterungen von **Richard Lipski**
Preis 1.25 Mk.

Leipziger Buchdruckerei A. G.
Leipzig, Tauscher Straße 19/21.